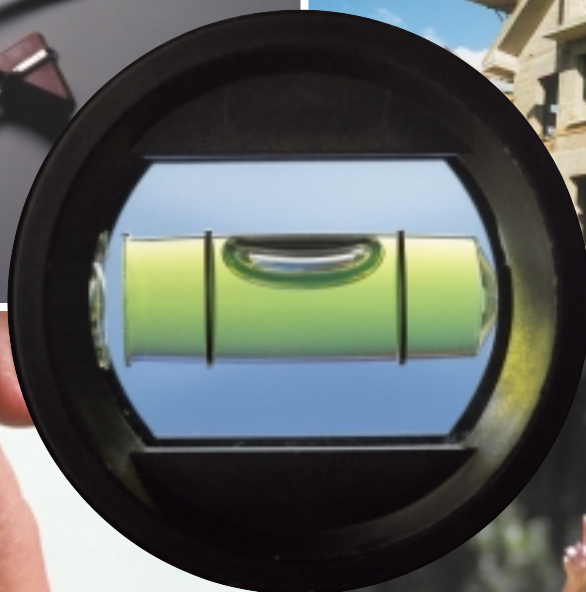




# aktuell actuel

Monatszeitschrift des OGB•L - Juni 2002 - N°6



**Zukunftskonvent**  
Wir wollen unsere  
Zukunft mitbestimmen!

Seite 12



*Télétravail :  
accord européen en vue (page 17)*

# Sommaire

# Inhalt

4



## Editorial

Unermüdlicher OGB♦L

7



## Das neue Rentengesetz

Endlich mehr Rentengerechtigkeit!

12



## Gegen ein restriktives Zukunftskonvent

Wir wollen unsere Zukunft mitbestimmen!

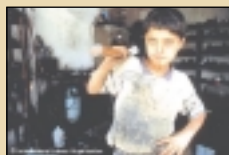
13



## Point de vue

Aus PISA nichts gelernt?

16



## Eine Zukunft ohne Kinderarbeit

19



## Situation sociale en Europe

22



## Ansprache des Präsidenten

Nur eine starke Gewerkschaft sorgt für  
Bewegung... in die richtige Richtung (Teil 2)

30



## Du nouveau dans les entreprises

Centralfood, ALZ, Luxcontrol, Utopia ...

REEGT IECH DACH NET OP!  
FIR EIS DAUERT  
D'ZUKUNFT SOWISOU  
JUST BIS D'NÄCHST WAHLEN



NEMME JUST POLITIKER  
AM ZUKUNFTSKONVENT!

LÉIWER ENG DEIER  
WUNNENG WÉI KENG!  
A LÉIWER KENG  
WUNNENG WÉI ENG  
VUN IECH!



KEEN ERFOLLEG OP  
DER STEE VUM FONDS  
DE LOGEMENT

WAAT GËT ET NEIES ?

REINER

WANN ET SOU VIRUGEET  
(3,7 NEI DOKTEREN PRO JOER)...  
... BESICHE MER



ENG VISITE  
BEI HIM  
HUET  
2000 EURO  
KASCHT



AN E PUER JOER DEE  
LÄSCHE LËTZEBUERGER  
DOKTER AM MUSEE.

NO DER BERLINER MAUER  
FÄLLT BEI EIS  
D'RENTEMAUER...

AN E PUER  
JOER RENNE  
MER OWER MAT  
DER SCHNËSS  
DRAN!



...JUST EEN AS NET  
IWWERZEECHT!

# *Unermüdlicher OGB♦L*

Seit Wochen ist auf vielen Ebenen eine gewisse, berechnete und unberechnete Hektik zu verspüren. Die regelmäßigen parteipolitischen Auseinandersetzungen sind irreführend, verunsichern den Bürger und belasten dessen Begeisterungsfähigkeit für die politische Arbeit. Diese Politikverdrossenheit ist auch die Erklärung für die rezenten Wahlergebnisse in Frankreich, sowie für die 40%-ige Wahlenthaltung der Wähler. Wie sähe es hier in Luxemburg ohne die Wahlpflicht aus? Aber auch diese Tatsache darf die Politiker nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Der Bürger und das Volk sind permanent ernst zu nehmen. Bei den, für das Land und seine Zukunft wichtigen Fragen bewegt man sich leider oft auf niedrigster Ebene, wie z. B. beim Nachhutgefecht zur Rentenreform oder Diskussionen um die Besetzung des "Zukunftsdösch". Dass der Staatsminister in diesem Zusammenhang von "idiotischem Parteienstreit" spricht, lässt tief blicken. Aber ehrlich, auch die Gewerkschaften gehen in ihrer Art der gegenseitigen Auseinandersetzung nicht immer mit dem guten Beispiel voran.

## Gemeinsame Arcelor-Struktur

Ein positives und daher auch nachahmenswertes Beispiel ist dagegen die von OGB♦L und LCGB-SESM gegründete gemeinsame Struktur in Form einer Vereinigung ohne Gewinnzweck (Asbl). Diese soll dazu dienen, solidarisch und gemeinsam die Interessen der Stahlbelegschaften zu vertreten und zu ver-

teidigen. Sie basiert auf der Erkenntnis, dass mit der Gründung des Stahlgiganten Arcelor, der Stahlstandort Luxemburg eine neue Dimension erhalten hat. Die sich daraus ergebenden Herausforderungen für das Land, für die Stahlbelegschaften und die Tausenden Arbeitnehmer der hier ansässigen Unternehmen der Arcelor-Gruppe, werden groß sein.

Da bleibt keine Zeit für gewerkschaftlichen Streit und Konkurrenzneid. Sondern es bedarf einem hohen Maß an Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmern und ihren Familien. Darüber sind sich die Gewerkschaften im Stahlsektor einig und zeigen den richtigen Weg in einer Zeit der Globalisierung und des permanenten Versuchs des Sozialabbaus. Die Generalstreiks in Italien und Spanien unterstreichen dies eindrucksvoll.

## Aufhören mit der Demagogie

Im krassen Widerspruch zur einheitlichen Gewerkschaftsstruktur in der Stahlindustrie, steht dazu das Verhalten einiger Spitzenfunktionäre des LCGB dem OGB♦L und anderen Gewerkschaften gegenüber. Das ist ein negatives Beispiel. Die unqualifizierte Kritik und das unkollegiale Verhalten einiger christlicher Gewerkschaftsfunktionäre unserer Organisation gegenüber muss ein Ende haben. Auch weil in wichtigen und wesentlichen Bereichen Zusammenarbeit notwendig ist. Es gibt für alles eine Schmerzengrenze und die ist seit Wochen überschritten. Die Verantwortung hierfür, wie auch für den Verlust der Glaub-



**John Castegnaro**  
Präsident

würdigkeit der Gewerkschaften, liegt eindeutig beim LCGB. Es gibt so vieles zu tun, dass eigentlich keine Zeit für diese Art der unkollegialen und beleidigenden Handlungsweise besteht. Der OGB♦L wird sich nicht auf dieses tiefe Niveau begeben, sondern wie in der Vergangenheit unermüdlich und konsequent Arbeitnehmerinteressen verteidigen.

## Viel sozialer Zündstoff!

Die guten Nachrichten sind die Verabschiedung des Rentengesetzes und die bevorstehende Abstimmung des neuen Invalidengesetzes im Parlament. Die Tatsache, dass zum 1. Juni eine Indexanpassung stattfand, beweist einerseits, dass wir dieses wichtige Instrument weiterhin mit Erfolg verteidigen, andererseits zeigt sie darauf hin, dass die Preissteigerung und damit der Verfall der Kaufkraft zugenommen haben.

"Euro = Teuro", diese Aussage des OGB♦L, die in breiten Kreisen für Aufregung sorgte, ohne dass uns bislang das Gegenteil bewiesen werden konnte, wird der Auslöser für verstärkte Preiskontrollen sein. Der OGB♦L hat demnach nicht den Leuten nach dem Mund geredet, sondern genau das hervor gestrichen, was die Konsumenten beim Einkaufen empfinden und in der Geldbörse spüren.

Sozialen Zündstoff gibt es in einer ganzen Reihe von Betrieben und Sektoren. Der Solo-Gang der Aleba in Sachen Bankenkollektivvertrag ist nichts mehr und nichts weniger als

ein Dolchstoß in den Rücken von OGB♦L und LCGB und schlimmer noch, in den Rücken der ganz großen Mehrheit der Bankbeschäftigten.

Wirtschaftliche Probleme und Zukunftsängste gibt es in vielen anderen Betrieben, insbesondere in Zusammenhang mit Restrukturierungen oder Delokalisierungen. Das Dossier Kralowetz und der Versuch der parlamentarischen Untersuchungskommission Klarheit in diesen Teil der Nischenpolitik zu bringen, wurde vom OGB♦L bereits im Januar 2002 gefordert und wird daher ausdrücklich von ihm begrüßt. Unter dem Impuls des OGB♦L haben auch seit einigen Wochen die Gespräche und Verhandlungen mit den Schiffsreedern begonnen und es besteht die Hoffnung, das Problem der sogenannten "pavillon de complaisance" zu lösen.

Würde der Staatsminister nun noch den seit 1994 vom OGB♦L permanent geforderten "Rat der Weisen" einsetzen, um die für Luxemburg so wichtige Zukunftsdebatte zu organisieren, könnte der sterilen parteipolitischen Auseinandersetzung der Mehrheitsparteien gleichzeitig ein Ende gesetzt werden.

Der OGB♦L wird jedenfalls auch weiterhin unermüdlich Einsatz an allen Fronten leisten und die vielen offenen Fragen und Probleme immer wieder in den Mittelpunkt seiner Aktivität stellen.

# Exekutive

## Viel sozialer Zündstoff!

In ihrer Sitzung vom 17. Juni 2002, befasste sich die OGB♦L Exekutive mit der sozialpolitischen Situation in Luxemburg und der Lage in den Betrieben.

### Die Rentner des Privatsektors können sich nun endlich freuen!

Nach den Erläuterungen zum neuen Pensionsgesetz, das letzte Woche die parlamentarische Hürde genommen hat, fordert die OGB♦L Exekutive, dass die technische Umsetzung nun zügig vorangetrieben wird. Sie begrüßt in diesem Sinn, dass die Rentnerinnen und Rentner des Privatsektors laut Informationen aus dem Ministerium bereits Ende Juni in den Genuss der Steigerungen und der Nachzahlungen kommen werden, auch wenn die Auszahlung der "Mammerent" (forfait d'éducation) bis Ende des Jahres auf sich warten lässt und etwa mit dem Weihnachtsgeld (13. Monat) zusammenfallen dürfte.

### Der Euro ist doch ein Teuro!

Nachdem die OGB♦L Pressemitteilung zu diesem Thema den Zorn des Staats- und Wirtschaftsministers auf sich gezogen hatte und man sich von der gewerkschaftlichen Konkurrenz Populismus vorwerfen lassen musste, wurde die Teuerung nun von zwei unabhängigen Gremien, dem Stateg und dem Konsumentenschutz, bestätigt. Aufgrund der eindeutig inflationären Inzidenzen fordert der OGB♦L in einem Brief an Minister Grethen, dass seriöse Preiskontrollen zur Eindämmung dieser Tendenzen eingesetzt werden und verlangt Sanktionen für ungerechtfertigte Preiserhöhungen. Des Weiteren verlangt der OGB♦L, dass der Staat seiner Informationspflicht gegenüber den Bürgern nachkommt und Aufklärung über die Preisentwicklung und die eventuelle Teuerung gibt.

### Anti-Terrorismus-Gesetz: die Gewerkschaften sind nicht visiert!

Nachdem Justizminister Luc Frieden im Rahmen des EU-Planes gegen Terrorismus, sein Gesetzesprojekt des luxemburger Anti-Terrorismus-Gesetzes vorgelegt hatte, befürchtete der OGB♦L, dass durch die Wortwahl bei der Beschreibung terroristischer Akte im Gesetzentwurf, Grundrechte und Grundfreiheiten wie

das Streik-, das Versammlungs-, das Vereinigungsrecht oder das Recht auf Meinungsfreiheit beschnitten oder behindert werden könnten. In seiner schnellen Antwort auf die OGB♦L-Anfrage, stellt Justizminister Frieden unmissverständlich klar, dass die Gewerkschaften keinesfalls visiert sind und demnach keine Beschneidung ihrer Rechte zu befürchten ist. Der OGB♦L wird sowohl den Gesetzentwurf als auch die Antwort des Ministers von einem spezialisierten Juristen überprüfen lassen und wird gegebenenfalls darauf zurückkommen.

### Konkurse: der Aufwärtstrend geht weiter

Am 11. Juni 2002 waren bereits wieder 264 Konkurse aktenkundig (ein Plus von 48 innerhalb von vierzehn Tagen) mit 603 Betroffenen (228 Einheimische und 375 Grenzgänger). Da die Spirale immer schneller dreht und einen eindeutigen Aufwärtstrend kennt, vertragen die vom Premierminister in seiner Rede zur Lage der Nation angekündigten Schritte zur Eindämmung der Konkurse keinen Aufschub mehr.

### Neue Arbeitszeitregelung im Horeca-Bereich: Lohnausgleich im Gesetzesprojekt integrieren

Nachdem der Horeca-Bereich jahrzehntelang nicht an die gesetzliche Arbeitszeitregelung gebunden war und von einer Ausnahmeregelung profitieren konnte, die eine 48-Stunden-Woche und mehr erlaubte, begrüßt die Exekutive das Gesetzesprojekt mit dem progressiv in diesem Wirtschaftszweig die 40-Stunden-Woche eingeführt werden soll. Da die Arbeitszeitreduktion in der 10-jährigen Übergangszeit möglicherweise riskiert von einem Lohnausfall vor allem für die Arbeiter, die auf Stundenlohn-Basis bezahlt werden, begleitet zu werden, verlangt der OGB♦L, dass per "Amendement" der Lohnausgleich klar und verbindlich im Gesetzestext festgeschrieben werden muss. Der OGB♦L fordert den Arbeits- und Beschäftigungsminister sowie das Parlament auf, in diesem Sinn zu handeln.

Weiter drückte der OGB♦L den spanischen Gewerkschaften seine Solidarität für den am 20. Juni stattfindenden Gene-

ralstreik aus. Dieser Streik ist ein Akt der Auflehnung gegen den Sozialabbau, der weit über die spanischen Grenzen hinausgeht und in seinem ganzen Ausmaß auch eine europäische Dimension gegen den Sozialabbau.

Abschließend nahm die Exekutive mit Befremden die vom Präsidenten der ALE-BA gemachte Äußerung, seine Gewerkschaft sei die einzige, die ihre Finanzen offen lege, zur Kenntnis. Dabei dürfte doch allgemein bekannt sein, dass der OGB♦L seit jeher auf die totale Transparenz setzt und hofft, dass dies auch heute noch für die anderen Gewerkschaften gilt.

## Exekutive vom 27. Mai 2002

### Indextranche bereits am 1. Juni 2002

Die Exekutive nahm zur Kenntnis, dass die ursprünglich für September/Oktober 2002 vorgesehene Indexanpassung, nun aufgrund der Preisentwicklung bei der Euro-Einführung bereits am 1. Juni 2002 vorgenommen wird. Die befürchteten, versteckten Preiserhöhungen bei der Preisgestaltung in Euro haben nun die Preisstabilität in Frage gestellt und wurden somit Auslöser für eine verstärkte Inflation und eine Minderung der Kaufkraft. Auch die während dieser schwierigen Umstellungsphase intervenierte Liberalisierung des Brotpreises, trug ihrerseits zur Verunsicherung der Konsumenten bei. Aufgrund der beschleunigten Entwicklung verlangt der OGB♦L, dass nun endlich reiner Wein eingeschenkt wird und durch die nötige Transparenz, auch bei den Preiskontrollen, suspekter Preiserhöhungen unterbunden werden. Der OGB♦L unterstützt in diesem Sinn die Union Luxembourgeoise des Consommateurs in ihren Bemühungen.

Der OGB♦L erinnert in diesem Zusammenhang auch an seine zahlreichen Mitteilungen und Interventionen, in denen er vor ungerechtfertigten Preiserhöhungen gewarnt hatte und seriöse Preiskontrollen zur Eindämmung inflationistischer Tendenzen gefordert hatte.

# *Es gibt keinen Grund den Rentnern ihren gerechten Anteil vorzuenthalten!*

In seinem traditionellen Freitagbriefing anschließend an den Ministerrat, konnte es sich Staatsminister Jean-Claude Juncker in einer oscarreifen Vorstellung nicht verkneifen, bezüglich der Rentenreform den mahnenden Finger zu heben und vor der Illusion zu warnen, dass dies "30 Jahre so weitergehen kann".

Obwohl er die Richtigkeit der beschlossenen Maßnahmen (u.a. substantielle Erhöhung der sogenannten Hungerrenten und Einführung der Erziehungspauschale) nicht grundsätzlich in Frage stellt, so versucht er erneut mit Schlagwörtern, Zahlenspielen und Zukunftsprojektionen den heutigen Rentnern Schuldgefühle einzureden.

Er scheint dabei zu vergessen, dass das Problem am Rententisch verantwortungsbewusst, im Dialog und Konsens gelöst werden konnte, ohne Zukunftsängste zu schüren.

Dieser Rententisch sicherte vor allem den heutigen Rentnern ihren gerechten Anteil am erwirtschafteten Wachstum des Landes zu und bestimmt darüber hinaus ausdrücklich, dass die Maßnahmen nur solange Gültigkeit haben, wie die

wirtschaftliche Situation des Landes gesund bleibt. Wieso Herr Juncker nun schmolzt, weil das Parlament seinem Vorschlag zur Abstimmung einer Resolution, die eben diese Anpassung beinhaltet, nicht abgestimmt hat, bleibt unverständlich.

Für den OGB♦L steht fest, dass die Rentner des Privatsektors lange genug auf ein Stück Rentengerechtigkeit haben warten müssen. Das Problem vertrug keinen Aufschub mehr, insbesondere auch weil seit Jahren der nötige finanzielle Spielraum besteht, um Aufbesserungen vorzunehmen.

Auch wenn der Premierminister seit 1996 unter dem Druck der OGB♦L-Forderung nach mehr Rentengerechtigkeit, eine Konvergenzpolitik versprach, so hat er diese nie durchgeführt. Das neue Rentengesetz stellt endlich eine wesentliche Etappe auf diesem Weg dar, auch wenn es die eigentliche Rentengerechtigkeit noch nicht gibt. Als wesentlicher Unterschied der beiden System dürfte die Beitragsgrenze gelten, die es im privaten Sektor im Gegensatz zum öffentlichen Sektor immer noch gibt.

Wenn nun der Staatsminister, die gesetzliche Regelung von Zusatzpensionen als eigentlichen Erfolg des Rentendossiers wertet, will der OGB♦L daran erinnern, dass Zusatzpensionen oder der sogenannte "dritte Pfeiler" immer soziale Ungerechtigkeit darstellen, da sie nur einer bestimmten Kategorie von Lohnempfängern zugänglich sind. Betriebliche Zusatzpensionen hingegen gehen auf Kosten der Tarifpolitik und riskieren auf Dauer zur "Absicherung" der normalen Rentenleistung mit einbezogen zu werden.

Was die zukünftige Finanzierung der staatlichen Renten anbelangt, so haben Luxemburg und seine Sozialpartner in der Vergangenheit bewiesen, dass sie schnell, solidarisch und effizient Kurskorrekturen vornehmen können.

Dies wird auch für den Fall gelten, wenn das Pensionssystem sich als nicht mehr finanzierbar erweisen sollte oder einer nachhaltig negativen Wirtschaftsentwicklung Rechnung getragen werden muss.

Das Rentengesetz 2002 ist ein Erfolg für die Rentner des Privatsektors! Der OGB♦L lässt nicht zu, dass er zerredet wird!

## **Das neue Rentengesetz**

### **Endlich mehr Rentengerechtigkeit!**

Seit 1996 hat der OGB♦L konsequent und ohne parteipolitische Rücksicht Rentenerhöhungen im Privatsektor gefordert. Obwohl der Erfolg bekanntlich viele Väter hat, beansprucht der OGB♦L ein Teil des Verdienstes für die nun in Kraft tretenden Rentenverbesserungen für sich.

Kompromisslos und unnachgiebig ist der OGB♦L für Gerechtigkeit und substantielle Verbesserungen mit seiner Mobilisierungskampagne 2000/2001 eingetreten, sowie dem in Aussicht gestellten Generalstreik unter dem Motto "Für eine gerechte Umverteilung", der ein fundamentales Umdenken bei den politischen Entscheidungsträgern bewirkte. Hervor zu streichen ist auch die OGB♦L-Initiative der Rentenplattform im Juli 1998, in der sich alle Gewerkschaften gemeinsam für mehr Rentengerechtigkeit einsetzten.

Das nun vorliegende, neue Rentengesetz wird daher vom OGB♦L global begrüßt, da es ein wesentliches Stück Ren-

tengerechtigkeit ist. Der OGB♦L weist jedoch darauf hin, dass es nun darum geht praktische und andere Probleme im Sinne der Rentnerinnen und Rentner zu lösen. Dies gilt insbesondere für die umstrittene "Mammerent", die in ihrer Bedeutung einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung darstellt.

Die Regierung ist aufgefordert umgehend über notwendige Abänderungen und Verbesserungen nachzudenken und diese zügig umzusetzen.

Der OGB♦L erinnert in diesem Zusammenhang an seine Forderung nach der Miteinbeziehung der politischen Parteien in die drei Arbeitsgruppen "Individualisierung der Rechte", "dynamische Laufbahnen" und "alternative und zusätzliche Finanzierungsquellen", die aus dem Rententisch hervorgegangen sind und die den Rententisch 2 vorbereiten sollen. Nur auf diese Weise kann garantiert werden, dass die neuen Wege, die von den Gremien aufgezeichnet werden, von der Politik mit getragen und verantwortungsvoll umgesetzt werden.

# Neuregelung der Invalidenrenten

## *Retroaktivität einführen!*

Noch vor den parlamentarischen Sommerferien wird das neue Invalidengesetz von den Abgeordneten verabschiedet werden.

Der OGB♦L erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass er entschieden zur Neuregelung beigetragen hat und somit am Anfang dieser tiefgreifenden Reform steht, die mehr soziale Gerechtigkeit durch ein engeres soziales Netz schaffen wird.

An die Stelle langwieriger Prozeduren, welche die Betroffenen oft an den Rand der Prekarität brachten und die konfuse Situationen mit enormen Auswirkungen schafften, treten nun zügige Überbrückungs- und Übergangsregelungen sowie eine Erleichterung der Anerkennungsbedingungen für die Zuerkennung der Invalidenpension.

Der vorliegende Text bestimmt allerdings auch, dass das Gesetz aufgrund tiefgreifender, administrativer Reformen und Umgestaltungen (u. a. massive Personalaufstockung) erst drei Monate nach seiner Abstimmung in Kraft treten wird.

In einem Schreiben an Sozialminister Carlo Wagner fordert der OGB♦L nun, dass das Gesetz in dem Sinn rückwirkend angewendet wird, als dass alle, zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes, anhängigen Dossiers unter die Bestimmungen des neuen Gesetzes fallen. Durch diese Maßnahme könnten viele menschlichen Dramen vermieden und finanzielle Engpässe der Arbeitsunfähigen abgefedert werden.

In diesem Sinn fordert der OGB♦L den Sozialminister auf, per "amendement" diese Retroaktivität sicher zu stellen.

*Alors que les derniers détails restent encore à être clarifiés, voici un premier aperçu des modalités d'attribution du forfait d'éducation.*

*Afin d'éviter toute mauvaise interprétation, veuillez vous adresser à nos permanences dès réception du formulaire.*

### **Le forfait d'éducation (Mammen- a Papperent)**

La loi concernant le forfait d'éducation (Mammerent) a été votée le 5 juin 2002. Le Fonds National de la solidarité, chargé d'exécuter cette loi, fera parvenir une demande à toutes les personnes concernées (environ 40.000) à partir du 1er juillet 2002.

Le forfait d'éducation concerne uniquement les femmes et les hommes qui ont éduqué un ou plusieurs enfants nés au Luxembourg et qui ne bénéficient pas de pension de vieillesse ou d'invalidité. Les frontaliers sont exclus de cette mesure.

Il est dû à partir de l'âge de 60 ans.

Son montant brut par enfant s'élève à 76.13 (10, indice 100), il sera diminué de 1% (cotisation assurance-dépendance) et de 2,55% (cotisation assurance-maladie). Le montant net s'élève donc à 73.45 pour chaque enfant.

Le paiement des montants en question ne parviendra aux personnes concernées qu'au mois de janvier 2003, le temps nécessaire pour mettre en place un système de gestion et pour effectuer la saisie nécessaire. Il sera calculé rétroactivement au 1er juillet 2002.



# Rentenerhöhungen

## Unnötiges und peinliches Störmanöver der UEL



Das Patronat sieht in seinem Übereifer darüber hinweg, dass die Beschlüsse des Rententisches weit über die eigentliche Rentenerhöhungen hinweggehen. So wurden zwei Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich mit alternativen Finanzierungsmöglichkeiten respektive den Anlagen der Finanzreserven beschäftigen sollen. Diese Verhandlungen und damit auch die Diskussionen des Rententisches 2 riskieren nun durch die Forderung der UEL hypothekiert zu werden.

Anstatt Katastrophenstimmung zu verbreiten, täte das Patronat gut daran, sich gemeinsam mit den Gewerkschaften den Herausforderungen zu stellen und

im Dialog, statt in der Konfrontation, Lösungen zu finden.

Der soziale Fortschritt und die soziale Gerechtigkeit sind wesentliche Bestandteile der Sozialkultur unseres Landes. Im Sinne einer gerechten Umverteilung dürfen die Rentnerinnen und Rentner des Privatsektors nicht länger ausgeschlossen bleiben und müssen mit der rückwirkenden Erhöhung zum 1. März für ihr jahrelanges Warten auf Rentengerechtigkeit entschädigt werden.

In diesem Sinn sieht der OGB♦L der Parlamentsdebatte mit Gelassenheit entgegen.

Anlässlich ihrer Pressekonferenz vom 31. Mai 2002 forderte die UEL die Parlamentarier - wenn auch verschlüsselt - auf, aufgrund der wirtschaftlichen Situation d.h. dem etwas langsameren Wachstums, die Rentenerhöhungen für die Rentner des Privatsektors nicht zu stimmen.

Der OGB♦L kritisiert diesen erneuten Vorstoß der Patronatsorganisation aufs heftigste und drückt sein Vertrauen in das Parlament aus, dass es sich an die Abmachungen des Rententisches an dem neben der Regierung und allen politischen Parteien, die Gewerkschaften sowie das Patronat vertreten waren, hält.

Es zeugt von einem schlechten Demokratieverständnis, wenn die UEL sich nun schon wieder ohne speziellen Anlass, wie damals am Rententisch, den Rentenerhöhungen widersetzt. Dieses Störmanöver stellt eine Belastung des Sozialdialogs dar, dem besonders in der nahen Zukunft eine wesentliche Rolle zukommen wird wie z. B. beim Umsetzen in nationales Recht von EU-Richtlinien durch bilaterale Abkommen zwischen Sozialpartnern.



# Die CECA wird Geschichte

Am 23. Juni 2002, also 50 Jahre nach seiner Gründung, läuft der erste europäische Vertrag der EGKS (CECA), d.h. der europäischen Behörde für Kohle und Stahl, aus. Damit wird ein Schlussstrich unter eine Epoche gezogen, die Vorläufer der heutigen Europäischen Union, war. Die CECA, wie sie in Luxemburg genannt wurde, hat mit Sicherheit ein dickes Kapitel europäischer Geschichte geschrieben und geprägt. Luxemburg und seine Stahlindustrie, der Wohlstand und der soziale Fortschritt, wurden durch die CECA geprägt und wären ohne sie in dieser kurzen Zeitspanne kaum in diesem Ausmaß möglich gewesen.

Ein konkretes Beispiel also, dass Gemeinsamkeit und Frieden Positives bewirken, wenn der politische Wille dazu besteht. Dies ist ohne Zweifel das Verdienst eines Robert Schuman und anderer Visionäre, wie z. B. Jean Monnet.

In den Strukturen der CECA, ihren Gremien und z.B. des „Beratenden Ausschusses“ waren die Gewerkschaften gleichberechtigte Partner. Auch in der sogenannten "Hohen Behörde" (vergleichbar mit der heutigen EU-Kommission) gab es immer einen Vertreter der aus den Reihen der Gewerkschaften stammte, wie z. B. Jean Fohrmann.

Hier hat die EU als Nachfolgeorganisation einen großen Nachholbedarf und muss darüber hinaus noch den Beweis erbringen, auch ein Verteidiger der europäischen Sozialkultur zu sein, statt diese dem Streben nach der Positionierung als erste Weltwirtschaftsmacht zu opfern.

## Zwei Feiern in Luxemburg

Aus Anlass des 50. Jubiläums der CECA und der Tatsache, dass sie aufgelöst wird, standen die Etappenankunft des „Giro d'Italia“ in der Minnettemetropole und Stahlstadt Esch/Alzette vor einigen Wochen, sowie das „Steel-worx-Festival“ in den Industriebrachen der ARBED unter diesem Zeichen.

Und wieder hagelte es Kritiken über den Preis des Giro oder gab es Tadel aus staatsministerlichem Mund über die Opportunität eines Rockkonzertes. Peinlich! Wie, wenn nicht durch ein hochkarätiges und dazu noch gratis angebotenes Rockfestival höchster Klasse, kann man in der heutigen Zeit Jugendliche für ein wichtiges Stück europäischer Geschichte interessieren? Das tut der Leistung und den Opfern, die von den Zehntausenden, in der Stahlindustrie oder den Erzgruben beschäftigten Luxemburger und Nicht-Luxemburgern keinen Abbruch. Im Gegenteil. Bei Gelegenheit des Rockfestivals, werden Tausende Jugendliche zum ersten Mal in ihrem Leben in direkten Kontakt mit der Stahlindustrie kommen. Dies auf einem Terrain, den Industriebrachen, die aus dem Süden in der Zukunft eine neue Metropole machen werden. Sie werden die Nähe der riesigen, zum Teil stillgelegten Hochöfen spüren können und dort einem Stahlstandort höchster Qualität und Leistung begegnen, der demnächst mit einer neuen Mittelleisenstraße ausgestattet sein wird.

## Der Staatsminister hat Unrecht

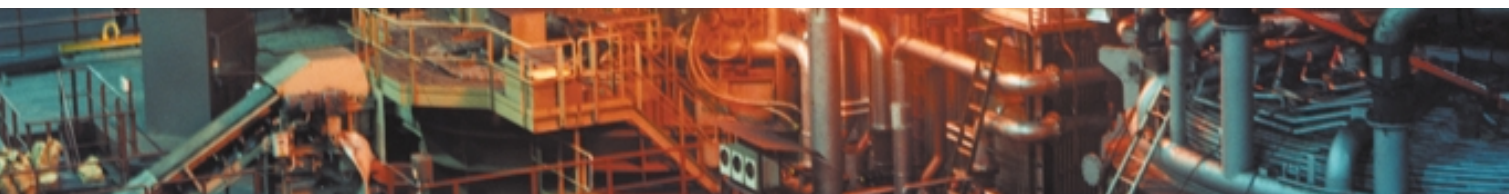
Der Staatsminister hat demnach Unrecht mit seiner Beurteilung. Einmal mehr wird er seiner Rolle als selbsternannter "Rufer in der Wüste" gerecht, auch wenn sein Kommentar diesmal an Populismus grenzt.

Eine Gegenleistung für ihren "noblen" Beitrag, ist heute für die pensionierten Stahlarbeiter, Stahlbeamten und Bergleute, die endlich verabschiedete und seit 1996 hinausgezogene Rentenverbesserung. Dies ist eine konkrete Anerkennung für die oft unter Lebensgefahr, mit dem Leben oder den Knochen bezahlte, erbrachte Leistung für die Stahlkapitäne oder das Land.

"Nobel" gewesen wäre auch, freiwillig und in Anerkennung der Leistungen der Stahlbeschäftigten, der Weiterführung der "Préretraite" zugestimmt zu haben anstatt unter dem Druck der Gewerkschaften nachzugeben. Und die Frage nach der zukünftigen Préretraite-Regelung in der Stahlindustrie stellt sich schon wieder.

Aber feiern wir nun, jeder auf seine Art, das CECA-Jubiläum. Vergessen wir nicht aus diesem positiven europäischen Abenteuer die richtigen Lektionen zu ziehen und das Positive auch innerhalb der heutigen europäischen Union anzuwenden und umzusetzen.

John Castegnaro



# ***Intervention des "Cercle des médecins-généralistes"***

## ***Warum gerade jetzt Alarm schlagen?***

In einem RTL-Interview vom 11. Juni, zeigte der Präsident des "Cercle des médecins-généralistes", Germain Wagner, auf den drohenden medizinischen Notstand bei den Allgemeinmedizinern hin, um eine Aufwertung des Berufes u.a. durch eine substantielle Tarifanpassung zu verlangen. Der Mangel an Generalisten ist allgemein bekannt und wird auf vielen Ebenen intensiv diskutiert, um hier Abhilfe schaffen zu können.

Die Intervention des Präsidenten zum jetzigen Zeitpunkt ist demnach fragwürdig, da sich insbesondere auch die Sozialpartner aus dem Krankenkassenbereich der Situation völlig bewusst sind und sie sich im Rahmen einer Arbeitsgruppe, die aus der Krankenkassenquadripartite hervorging und in der auch Vertreter der Ärzteschaft mit diskutieren, eingehend mit den Forderungen der Ärzte und Zahnärzte auseinandersetzen, um Lösungen herbeizuführen.

Da bekannt ist, dass die Schlussfolgerungen dieser Arbeitsgruppe Anfang Juli vorliegen werden, muss die Frage nach der Finalität dieser heftigen Kritik zum jetzigen Zeitpunkt erlaubt sein.

Es ist nämlich einerseits überraschend, dass gerade nun die Vertretung der Allgemeinmediziner den Teufel an die Wand malt und einen Notstand, bei dem das gesamte Gesund-

heitssystem gefährdet wäre oder zumindest eine Qualitätsminderung aufzeichnet. Und andererseits ist es außergewöhnlich zu sehen, dass der Cercle durch einen einseitigen Lösungsvorschlag d.h. die Anhebung der Tarife, den Notstand zu beheben glaubt, anstatt das Übel an der Wurzel zu packen.



## ***Mislungene Versteigerung beim Fonds du Logement***

### ***Keine falschen Schlüsse ziehen!***

In der Vergangenheit hatte der OGB♦L immer wieder den akuten Wohnungsmangel, die Baulandspekulation und die damit verbundene Preistreiberei angeklagt. In diesem Zusammenhang wurde die Arbeit des "Fonds de logement à coût modéré" - der übrigens in den 70er Jahren auf Initiative des OGB♦L ins Leben gerufen wurde - immer wieder positiv hervorgehoben. Dieser hat sich bewährt, indem er durch den Bau von Wohnungen und Häusern auch eine preisregulierende Rolle spielen konnte. Auch in der Zukunft wird dem Fonds eine wichtige Rolle zukommen, speziell bei der Ausführung der von Premierminister Juncker anlässlich seiner Rede zur Lage der Nation in Aussicht gestellten staatlichen zusätzlichen Anstrengungen zum Beheben des Wohnungsnotstandes.

Der OGB♦L bedauert nun umso mehr, dass die missratene Versteigerung der Wohnungen in der "Echerschmelz", zum Anlass für die Verantwortlichen wird, den u. a. vom OGB♦L beklagten Wohnungsnotstand herunterzuspielen. Dies ist ein Affront für all jene kleinen Einkommensbezieher, denen der

Zugang zu einer eigenen Wohnung auch weiterhin finanziell unmöglich oder äußerst beschwerlich sein wird.

Die eigentliche Frage, die es nun zu beantworten gilt, ist, ob nicht der Bau von Mietwohnungen in öffentlicher Hand, die nach besonderen sozialen Kriterien vermietet werden müssen, Priorität haben sollte.

Komfortable Mietwohnungen zu günstigen Bedingungen, preiswerte Eigentumswohnungen und erschwingliches Bauland um die Eigeninitiative zu fördern, tragen nämlich im Sinne eines harmonischen Zusammenlebens der Bürger unseres Landes, zu einer verbesserten Lebensqualität bei. Außerdem gilt es für den "Fonds du logement" die Politik der Versteigerungen noch einmal zu überdenken.

Aufgrund der Komplexität des Themas hat der OGB♦L zu diesem Thema eine Unterredung mit dem "Fonds du Logement" beantragt.

# Gegen ein restriktives Zukunftskonvent

## Wir wollen unsere Zukunft mitbestimmen!

Der OGB•L bedauert, dass die wichtige Diskussion um die Zukunft unseres Landes zum parteipolitischen Geplänkel entartet. Dabei müsste doch jeder daran interessiert sein, zu verhindern, dass neue Perspektiven von Profilneurotikern aufgezeichnet werden.

Zukunftsgestaltung geht jeden etwas an und darf nicht ausschließlich auf die politischen Strategien beschränkt sein, dies umso mehr da der nächste Wahltermin nur knapp 2 Jahre entfernt ist.

Im Sinne einer kritischen Zukunftsdebatte, darf sich die Auseinandersetzung vor allem nicht auf die Optik seines 700.000 Einwohner-Staates und die Verdoppelung der Grenzgängerzahl beschränken. Hiermit wird Überfremdung herbei geredet, wird Fremdenhass provoziert anstatt durch gezielte politische und andere Entscheidungen im Sinne der Integration diese negativen Auswüchse zu verhindern.

Das vorgeschlagene Miteinbeziehen der Zivilgesellschaft in die Diskussionen wurde vom Fraktionsvorsitzenden der DP mit dem Verweis auf einen "Wasserkopf" abgelehnt. Dabei dürfte auch den liberalen Politikern nicht entgangen sein, dass in der Vergangenheit gerade durch "Wasserkopf"-Institutionen, wie z.B. den Wirtschafts- und Sozialrat, die nationale Tripartite, die Stahltripartite, .. usw. Weichen gestellt wurden und verantwortliche Entscheidungen im Sinne des Landes getroffen wurden.

Die nun aufflammende Diskussion über die Gestaltung des Zukunftskonvent, bestätigt den OGB•L in seiner, bereits 1994 anlässlich seines Kongresses erhobenen, Forderung nach einem "Rat der Weisen", der sich mit der Zukunftsgestaltung des Landes beschäftigen soll.

Allerdings geht es für den OGB•L nicht um Teilaspekte, sondern um eine

grundlegende Debatte, um Visionen und eine Auflistung all jener politischen Entscheidungen, die Nachhaltigkeit für die Menschen und die Umwelt ermöglichen.

Daher gilt es nun schnell den zeitlichen Rahmen abzustechen und zu klären welche Institutionen und Partner der Zivilgesellschaft am Zukunftstisch über die Chancen und Risiken diskutieren werden, dies im Sinne einer Gesellschaft, die auch in Zukunft Chancengleichheit garantiert, der Jugend

eine Perspektive anbietet und den alten Menschen die Gewißheit der sozialen Absicherung garantiert.



# Point de Vue

## *Aus PISA nichts gelernt?*



Als OGB♦L haben wir mehrfach darauf hingewiesen, dass die PISA-Studie die mangelhafte Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit in unserem Schulsystem unterstreicht. Für den OGB♦L ist dies eine wesentliche Aussage und wir verlangen, dass genau hier der Hebel angesetzt wird. Es ist gewusst, dass in bezug auf die Chancenungleichheit ein ursächlicher Zusammenhang mit dem mangelnden Angebot an Ganztagschulen, an Kindertagesstätten, an öffentlichen Internaten, an peri- und paraschulischen Angeboten, an Stützkursen, an Hausaufgabenhilfen und an Elternhilfe besteht. In Deutschland, das genau wie Wallonien zu den PISA-Schlusslichtern gehört und mit Luxemburg vergleichbare bildungspolitische Probleme aufzeigt, besteht in der Zwischenzeit parteiübergreifende Übereinstimmung zu diesem Punkt und es werden konkrete Akzente in Richtung Ganztagschulen gesetzt. Zwei Ereignisse in den letzten Wochen deuten darauf hin, dass die luxemburgische Regierung diesbezüglich noch nichts gelernt hat und keine Schlussfolgerungen gezogen hat.

### **Foyers de jour Portes ouvertes - ASTI und Interactions Faubourgs ziehen Alarm**

In einer Pressekonferenz haben die Vereinigungen ASTI und Interactions Faubourgs Alarm geschlagen. Die Preissteigerungen, die ihnen in ihren offenen Kindertagesstätten ("Foyers de jour portes ouvertes") aufgezwungen wurden, haben dazu geführt, dass gerade Eltern aus sozialschwachen Kreisen dieses Angebot für ihre Kinder nicht mehr wahrnehmen, d.h. dass diese Kinder nicht mehr von der Unterstützung, die sie bislang kannten, profitieren werden. Die Auswirkungen auf ihre schulischen Resultate, auf ihre soziale Integration dürften klar sein. Wieso hat der luxemburgische Staat kein Geld, um solche Einrichtungen kostenlos allen Kindern zugänglich zu machen, oder zumindest die Preise nach sozialen Kriterien so zu staffeln, dass sie für die Kinder aus den sozialschwächsten Kreisen gratis sind und für die anderen so attraktiv sind, dass auch sie ihre Kinder dorthin schicken und so das notwendige soziale Mix entsteht, das unerlässlich für den sozialen Zusammenhalt der luxemburgischen Gesellschaft ist?

### **Betreuungsstrukturen im Primärschulwesen: - der Gesetzesvorschlag von R. Garcia wird unter den Tisch gestimmt**

In seinem Gesetzesvorschlag hat der grüne Abgeordnete vorgesehen, dass im Schulgesetz von 1912, das den Primärschulunterricht regelt, die Pflicht für die Gemeinden eingeführt wird, ein Angebot an Kinderbetreuungsstrukturen zu schaffen, die während der üblichen Arbeitszeiten rund um die schulischen Aktivitäten angeboten werden. Der Gesetzesvorschlag sah Mindeststandards in bezug auf die Qualität sowohl der Infrastrukturen als auch des Personals vor. Dieser Gesetzesvorschlag war ein wesentlicher Beitrag für die Anpassung der Schule an die Bedürfnisse der Eltern in der modernen Arbeitswelt. Er war ein konkreter Beitrag zur Bekämpfung der Chancenungleichheit und zur Emanzipation der lohnabhängigen Müttern. Er wurde mit den Stimmen der Regierungsmehrheit abgelehnt. Die Gemeinden wissen es nun: es ist nicht von der Regierung gewünscht, dass Hausaufgabenhilfe angeboten wird, dass Eltern, die beide arbeiten, eine Hilfe bei der Betreuung ihrer Kinder außerhalb der Schulzeiten erhalten. Der Diskurs des Staatsministers über die Steigerung der Frauenbeschäftigungsquote und die Verlautbarungen der Frauenministerin auf den zahlreichen Konferenzen über "Gendermainstreaming", über Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern werden durch dieses Votum auf jeden Fall nicht glaubwürdiger. Und die Erziehungsministerin muß sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sich die Bildungsoffensive denn doch auf den freien Samstag und den PR-Slogan "Back to basics" beschränkt.

Jean-Claude Reding

# Appel aux député-e-s

## Préservez la neutralité religieuse de l'école publique!

Le projet de loi portant réforme de la division supérieure de l'enseignement secondaire, soumis au vote des députés le 19 juin prévoit entre autres l'abolition de la dispense et l'introduction d'un coefficient pour l'Instruction religieuse et morale, respectivement la formation morale et sociale.

Le SEW/OGB♦L estime que ces dispositions sont incompatibles avec le caractère laïque de l'école publique luxembourgeoise. Leur mise en place risquerait de conduire à une surenchère au niveau des notes de deux cours idéologiquement divergents et augmenterait sensiblement l'emprise sur l'école publique d'une seule confession religieuse, dont les missionnaires dépendent directement et exclusivement de

l'archevêché. En effet, l'introduction d'un coefficient pour l'IRM, respectivement la FMS constituerait un facteur de promotion, puisqu'il serait pris en compte dans le calcul de la moyenne générale.

Le SEW/OGB♦L est d'avis que l'école publique luxembourgeoise doit traiter de manière égalitaire tou-te-s les élèves, indépendamment de leurs convictions religieuses, et faire preuve de tolérance et de respect mutuel au niveau de ses programmes.

Par ailleurs, il faut se demander si le gouvernement et notamment la Ministre de l'Education nationale n'ont actuellement pas d'autres chats à fouetter que de chercher querelle sur le terrain

de l'idéologie religieuse. En effet, on peut s'attendre à ce que la discrimination idéologique qui résultera des dispositions mises en cause se soldera à moyen terme par des recours devant le tribunal administratif et la Cour européenne des Droits de l'Homme.

Tout en rappelant les deux pétitions lancées contre l'abolition de la dispense et l'introduction d'un coefficient pour l'IRM, respectivement la FMS -qui ont recueilli environ 5.000 signatures d'enseignant-e-s et d'élèves-, le SEW/OGB♦L demande avec insistance aux député-e-s de voter contre l'inscription de ces dispositions rétrogrades dans la nouvelle loi.

## CHANGEMENT d'ADRESSE et/ou d'EMPLOYEUR

Il est important de communiquer vos changements d'adresse, de patron, non seulement à la commune, à l'employeur, à vos établissements financiers, au Centre Commun de la Sécurité Sociale (Département Affiliation), à la Caisse Médico-Chirurgicale Mutualiste, mais également à votre syndicat.

Avis de changement à découper et à envoyer à l'OGB♦L, Monsieur Albert Hirtz - B.p. 149 - L-4002 Esch/Alzette  
ou à faxer au (+352) 54 16 20

Nom et prénom: ..... Matricule de Sécurité Sociale:.....  
Matricule OGB♦L: ..... Date de naissance:.....

### CHANGEMENT D'ADRESSE

#### Anciennement:

Rue et numéro .....

Code postal..... Localité .....

#### Actuellement:

Rue et numéro .....

Code postal..... Localité .....

### CHANGEMENT D'EMPLOYEUR

Anciennement:.....

Actuellement:.....

# Bauschuttdeponien

## Treffen OGB♦L - Syvicol

Das Problem der Bauschuttdeponien ist nicht neu; der OGB♦L hatte bereits im Dezember 2000 sowie Anfang des Jahres 2001 in Gesprächen mit dem Umweltministerium, dem Mittelstands-, Arbeits- und Wirtschaftsminister das Thema zur Sprache gebracht.

Aufgrund der Medienkampagne der Patronatsorganisation aus dem Bau, die im gewohnten Alleingang vor einem Monat auf ihr Problem des akuten Mangels an Bauschuttdeponien hinzuweisen versuchte, fand auf OGB♦L Anfrage am 17. April ein tiefgreifender Meinungs austausch mit Umweltminister Charles Goerens und Staatssekretär Eugène Berger zu diesem heiklen Thema statt. Anschließend daran, ergriff der OGB♦L weitere Initiativen und wandte sich u.a. an das Syvicol, um eine Unterredung zu beantragen.

Dazwischen fand am 23. April ein Gespräch zwischen der Patronatsorganisation und dem OGB♦L statt, die in einem gemeinsamen Brief auf die Probleme hinwiesen und Premierminister Juncker um eine Unterredung baten. Diese fand jedoch bis heute noch nicht statt; der Premier hingegen behandelte das Thema in seiner Erklärung zur Lage der Nation und stellte Lösungen in Sicht.

Heute morgen fand nun das Gespräch zwischen dem OGB♦L, vertreten durch seinen Präsidenten John Castegnaro und den Vertretern des Syvicol, den Herren Jempi Klein, Jean-Marie Halsdorf, Pierre Wies und Alphonse Cruchten statt.

Insbesondere interessierte der OGB♦L, wie die Position des Syvicol in Sachen Verantwortung der Gemeinden bei der Umsetzung des sektoriellen Planes "Bauschuttdeponien" ist, wie er von Premierminister Juncker in seiner Erklärung zur Lage der Nation angekündigt wurde und der per Gesetz in Kraft treten wird. Diese Verantwortung ist nach Meinung des OGB♦L auch eine Frage der nationalen Solidarität, da das Problem riskiert sich aufgrund des akuten Mangels, landesweit auszubreiten.

Die OGB♦L Initiative wird, laut den Verantwortlichen des Syvicol,

Auslöser für tiefgreifende Diskussionen und Analysen über die Pflichten und das Verantwortungsbewußtsein der Gemeinden innerhalb des Gemeindesyndikats sein. Der OGB♦L vertritt die Meinung, dass der Syvicol Kontakt mit der Regierung aufnehmen sollte, um im Dialog und nicht in der Konfrontation, kurz- und mittelfristige Lösungen zu finden, um globale, regionale Konzepte und Lösungen im Interesse des Landes vorzuschlagen und zu unterstützen.

Im weiteren Verlauf der Unterredung wurde auch das akute Problem des Wohnungsbaus angesprochen, Thema zu dem der Premierminister auch anlässlich seiner Rede zur Lage der Nation, ausgiebig Stellung bezogen und weitgreifende Maßnahmen angekündigt hatte.

Laut OGB♦L ist der Syvicol auch hier gefordert die Initiative zu ergreifen, um von Anfang zu klären wie die Rolle der Gemeinden bei der Baulandbeschaffung und dem Vergrößern des Angebots an sozialem Wohnungsbau ist.



## **12. Juni: Internationaler Tag zur Bekämpfung der Kinderarbeit**

### **Eine Zukunft ohne Kinderarbeit**

Die Bekämpfung der Kinderarbeit, insbesondere in ihren schlimmsten Formen - Sklaverei, Zwangsarbeit, Einsatz in bewaffneten Konflikten, Prostitution und Pornographie - gehört seit jeher zu den Schwerpunkten des IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften), dem in Luxemburg auch der OGB•L und die CGT angehören.

Trotz wesentlicher Fortschritte bei ihrer Bekämpfung und einer weitreichenden Thematisierung und Sensibilisierung, bleibt vieles auf lokalem, nationale und internationale Plan zu tun. Dies ist der Grund wieso der 12. Juni von der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Tag der Bekämpfung der Kinderarbeit proklamiert wurde.

Laut den letzten Statistiken der ILO verrichten weltweit rund 250 Millionen Kinder (1 Kind von 6) unbezahlte und unerlaubte Arbeiten, die ihrer Reife nicht entsprechen oder Arbeiten, die ihre körperliche, geistige und seelische Gesundheit gefährden.

Allein in Asien und im pazifischen Raum arbeiten 127 Millionen Kinder unter 15 Jahren. Aber auch in den sogenannten zivilisierten Ländern werden 2% der Kinder unter 15 Jahren zur Arbeit herangezogen. 8,4 Millionen Kinder sind von den schlimmsten Formen der Ausbeutung betroffen.

In den vergangenen Jahren wurde versucht über Kampagnen und öffentliche Aktionen die Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung zu diesem Problem zu fördern. Jeder einzelne kann seinen Beitrag leisten durch die kritische Auswahl von Konsumartikeln. In diesem Zusammenhang ist die Charta, die von den beiden Fußballföderationen FIFA und UEFA unterzeichnet wurde, als bekannt wurde, dass die Fußbälle der



letzten Fußballweltmeisterschaft von Kinderhand genäht wurden, hervor zu streichen.

Kinderarbeit, die eindeutig ausbeuterischen, die Freiheit des Menschen einschränkenden Bedingungen unterliegt, muss verboten werden. Dazu gibt es internationale Verordnungen die lediglich umzusetzen wären. Hierbei kann handelspolitischer Druck helfen. Kinderarbeit, die Kinder zur Arbeit und zum Mitverdienen verpflichtet, kann allerdings nur dann beendet werden, wenn die Eltern soviel verdienen, dass sie nicht mehr auf das Zusatzeinkommen angewiesen sind.

Ein unnüanciertes allgemeines Verbot der Kinderarbeit würde für viele Familien den Hungertod bedeuten. Bezahlte Arbeiten, die dem Alter der Kinder entsprechen, können durchaus dazu beitragen, die Einkommenssituation und den Sozialstand der Familie zu verbessern. Voraussetzung ist allerdings, dass sie nach den schulischen Aktivitäten verrichtet werden können und der kindlichen Entwicklung Raum lassen.



Auch Kinder haben bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Überleben, Entwicklung, Schutz vor Ausbeutung, das Recht auf Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, auf Freizeit, vernünftige Bildung, Ernährung, Erholung und soziale Sicherheit, die Verteidigung dieser Rechte sollte für uns alle ein zentrales Anliegen sein.



### *Un accord européen sur le télétravail est en vue*

Après 8 mois de négociation, un projet d'accord-cadre sur le télétravail a pu être conclu le 23 mai entre les organisations patronales européennes et la Confédération européenne des syndicats (CES). Les confédérations syndicales luxembourgeoises, membres de la CES, étaient représentées lors de ces négociations par le soussigné.

Dans sa réunion des 5 et 6 juin, le comité exécutif de la CES a eu un premier échange de vue sur le projet d'accord. Toutes les prises de parole approuvaient le résultat des négociations et il est probable que les affiliés donneront à une très grande majorité mandat à la direction de la CES de signer cet accord. Le comité exécutif de l'OGB♦L a discuté le projet d'accord et l'a approuvé dans sa réunion du 17 juin 2002.

Le projet d'accord –cadre définit le télétravail comme une forme d'organisation et/ou de réalisation du travail, utilisant les technologies de l'information dans le cadre d'un contrat ou d'une relation d'emploi, dans laquelle un travail, qui aurait également pu être réalisé dans les locaux de l'employeur, est effectué hors de ces locaux de façon régulière.

L'accord insiste sur le caractère volontaire du télétravail. Il indique clairement que le télétravail ne change rien au statut d'emploi du télétravailleur. Le principe de la réversibilité du télétravail, ainsi que celui de l'égalité de traitement du télétravailleur avec un travailleur comparable dans les locaux de l'entreprise sont inscrits dans l'accord. Les autres sujets réglés par cet accord-cadre sont la protection des données, le respect de la vie privée, les questions relatives aux équipements de travail, à la responsabilité et aux coûts notamment en ce qui concerne la fourniture, l'installation et l'entretien du matériel de travail, ainsi qu'en ce qui concerne les coûts directement causés par le travail. Des paragraphes spécifiques traitent du respect des dispositions concernant la protection de la santé et de la sécurité professionnelles du télétravailleur, de l'organisation du travail, de la formation, des pos-

sibilités de carrière et des droits collectifs des télétravailleurs.

Si l'accord est finalement signé par les organisations patronales et par la CES, il s'agira alors d'une innovation majeure dans les relations sociales entre organisations patronales et syndicales puisque l'accord en question est un accord volontaire qui ne sera pas automatiquement transposé par la voie d'une directive européenne. En effet, le niveau politique n'était pas disposé à réglementer cette nouvelle forme de travail et ce sont maintenant les partenaires sociaux qui pour la première fois ont pris l'initiative au niveau européen pour créer un cadre pour une forme de travail qui se développera certainement dans les années à venir. Le projet d'accord prévoit que l'accord sera mis en œuvre par les organisations membres nationaux des organisations signataires dans les trois ans suivant la date de signature. La mise en œuvre sera suivie par un groupe ad hoc créé par les parties signataires sous la responsabilité du comité du dialogue social. L'accord sera passé en revue sur demande d'une des parties signataires cinq ans après la signature.

#### **Et au Luxembourg ?**

Parmi les thèmes de négociations et de discussion bilatérales convenus entre l'UEL et l'OGB♦L et le LCGB en 2000 figurait le télétravail à côté de l'introduction de l'Euro, de l'accès individuel à la formation continue et du travail à temps partiel. Les négociations sur l'introduction de l'Euro ont abouti à un accord, les négociations sur des possibilités de modulation de l'organisation du temps de travail en vue de faciliter l'accès individuel à la formation continue personnelle avancement bien et un accord est en vue. Les discussions sur le travail à temps partiel qui sont semées d'embûches viennent de démarrer et s'annoncent difficiles et compliquées. En ce qui concerne le télétravail, l'UEL et les organisations syndicales représentatives sur le plan national avaient convenu d'attendre l'issue des négociations en cours au niveau européen. Ces négociations viennent d'aboutir et si l'accord sera

adopté, il servira de base aux négociations au Luxembourg. Un dialogue social interprofessionnel a donc démarré au Luxembourg. Il s'agit d'une innovation majeure qui apporte à côté des négociations collectives dans les entreprises et les secteurs et à côté du dialogue social tripartite mené dans différentes enceintes comme le comité de coordination tripartite, le conseil économique et social, le comité permanent de l'emploi et le comité consultatif tripartite à la formation professionnelle, un élément nouveau qui peut enrichir le modèle social luxembourgeois et rendre plus opérant le dialogue social dans notre pays. Pour que cette opportunité puisse être saisie, il faut que deux conditions soient remplies :

Il faut d'une part la volonté de mener des négociations constructives et il faut d'autre part des changements législatifs donnant aux organisations patronales et syndicales représentatives au plan national les moyens légaux de conclure des accords interprofessionnels contraignants. Il faut donc une réforme en profondeur de notre législation sur les relations sociales et plus particulièrement des lois concernant les conventions collectives, l'office national de conciliation, le conseil économique et social, la cogestion et les délégations du personnel.

Sur tous ces points, les positions et les propositions de l'OGB♦L sont connues et il existe même des propositions convergentes des organisations patronales et salariales sur certains points comme sur la réforme du conseil économique et social et la négociation sociale interprofessionnelle.

Il faut d'urgence que le travail législatif sur ces questions avance. Sinon le dialogue social engagé risque de capoter.

Jean-Claude Reding

# DGB-Kongress in Berlin

## Der globalen Wirtschaft einen Rahmen setzen!

Unter dem Motto "Neue Zeiten. Neue Chancen. Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit." fand vom 27. bis zum 31. Mai der 17. Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) in Berlin statt.

Für den OGB♦L nahm Vizepräsident Armand Drews an diesem Kongress teil, der, vier Monate vor den Bundestagswahlen in Deutschland, von einer durch den Wahlkampf geschärften Aufmerksamkeit profitieren konnte.

So ist es denn auch nicht verwunderlich, dass neben dem Bundespräsidenten Johannes Rau, der zur Eröffnung des Kongresses gekommen war, auch Bundeskanzler Gerhard Schröder von der Gelegenheit profitierte, den rund 400 Delegierten die wichtigsten sozialpolitischen Akzente seines Wahlprogramms zu erläutern.

Auch Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, Fritz Kuhn von Bündnis 90/Die Grünen sowie die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer sprachen zu den Delegierten. Der FDP-Kanzlerkandidat Guido Westerwelle, der ebenfalls als Gastredner vorgesehen war, liess sich entschuldigen.

Einer der ersten Höhepunkte des Kongresses war am Dienstag die Wahl des bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Michael Sommer, zum neuen DGB-Vorsitzenden. Sommer, der von der Deutschen Postgewerkschaft kommt, löst damit den bisherigen Vorsitzenden Dieter Schulte an der Spitze des DGB ab.

Im Mittelpunkt der Kongressarbeiten standen danach die Debatten über zwei grundsätzliche Erklärungen, die einmal "Solidarität und soziale Gerechtigkeit in einer globalen Wirtschaft", aber auch "Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert" verlangen. Dabei wurde u. a. betont, dass der globalen Wirtschaft ein politischer, sozial-ökologischer und demokratischer Rahmen gesetzt werden müsse, wobei an die EU die Forderung gerichtet wurde, eine soziale Wirtschaftspolitik auf internationaler Ebene durchzusetzen.

### Gegen Sozialabbau und Deregulierung

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Delegierten der Beschäftigungslage in Deutschland, die nach wie vor kritisch ist, wobei an die Parteien der Hinweis erging, dass ein hoher Beschäftigungsstand nicht mit schlichten Kostensenkungen, Sozialabbau und Deregulierung zu erreichen sei.

Stattdessen plädierte der DGB-Kongress für Modelle von Teilzeitarbeit und eine gerechte Verteilung der Arbeit, Verbot von Sozial- und Einkommensdumping sowie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Im Hinblick auf die Bundestagswahlen wiesen die Delegierten schliesslich auch darauf hin, dass ein sozialer Ausgleich in Deutschland dringend nötig sei. Dabei müsse ein verteilungspolitischer Richtungswechsel erfolgen, der die bestehenden sozialen Schieflagen überwinden, das Einkommensgefälle ausgleichen und die sozialen Ausgrenzungen bei den niedrigen Einkommen und die Armut beseitigen soll.

### Juncker als Zeuge

Auch Bundespräsident Johannes Rau war in seiner Rede schon ausführlich auf die Bedeutung der sozialen Marktwirtschaft eingegangen und hatte dabei den luxemburgischen Premierminister Jean-Claude Juncker zitiert, der in einem Interview mit der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" gesagt hatte: "Dass flächendeckende Tarifverträge, die keine Rücksicht nehmen auf die spezifische Lage einzelner Unternehmen, negative Folgen haben, streite ich nicht ab. Ich bin aber dagegen, wenn fest angestellte Bürokraten und Publizisten quietschfidel darüber richten, wie viel Recht auf Sicherheit andere Menschen haben. Wenn Arbeitnehmer alle sechs Monate neue Arbeitsverträge schließen sollen, so entspricht das einer Wildwest-Ökonomie, die nicht zur sozialen Marktwirtschaft passt. Und wo habe ich den Beweis, dass es dann tatsächlich mehr Jobs gibt?"

Eine bemerkenswerte Aussage in der Tat. Und man kann eigentlich nur bedauern, dass unser Premierminister solche beherzten Worte nicht auch in Luxemburg findet.

*Armand Drews*



**COMITE EXECUTIF**  
Bruxelles, les 05-06 juin 2002  
154.Ex/06.02/14

### SITUATION SOCIALE EN EUROPE

*(Résolution)*

1. Les relations sociales en Europe sont en train de se détériorer rapidement. Plusieurs gouvernements dans les pays de l'Union mais aussi dans d'autres pays européens s'attaquent aux droits des travailleur(euse)s par la révision à la baisse et de façon unilatérale, des législations et des protections existantes. A son tour, le patronat continue de faire pression pour la déstructuration de la négociation collective.

Face à cette situation, la CES exprime son soutien et sa solidarité aux mobilisations et aux luttes qui se succèdent dans les différents pays ainsi qu'à la grève générale du 20 juin en Espagne. La CES considère particulièrement grave que les décisions du Gouvernement de Madrid interviennent pendant la Présidence espagnole de l'Union Européenne.

Le caractère généralisé de ces attaques réclame une réponse coordonnée à niveau européen à travers une campagne pour la défense des droits des salariés et du modèle social européen y compris des services publics, que la CES développera dans les prochains mois.

2. Gouvernements et patronat motivent souvent leur démarches par des prétendues exigences européennes. Contrairement à cela, la CES rappelle comme elle l'avait déjà fait à la veille du Conseil Européen de Barcelone, que la stratégie de Lisbonne est fondée sur l'équilibre entre dynamisme économique, meilleur emploi et cohésion sociale.

Il est illusoire de croire qu'une plus forte compétitivité de l'économie européenne puisse être atteinte par une réduction de la protection et de garanties sociales quand, en tout premier lieu, elle dépend d'une politique économique active favorable à la croissance et à l'emploi, qui pour l'instant est loin de se matérialiser, ainsi que des investissements accrus dans l'innovation, la connaissance et la formation tout au long de la vie.

La CES souligne le risque d'une rupture du consensus autour de la stratégie de Lisbonne si des politiques pénalisantes pour le monde du travail devaient définitivement s'imposer au niveau européen.

3. La CES considère en outre que dans la phase actuelle marquée par des changements profonds sur le plan économique et social, il est plus que jamais nécessaire que les travailleur (euse)s et leurs syndicats soient rendus protagonistes de ce processus. Toute réforme touchant les conditions de travail doit être le résultat de la négociation collective et de la concertation sociale.

La CES s'attend que la Commission dans sa prochaine communication sur l'avenir des relations industrielles en Europe s'exprime pour les renforcer à tous les niveaux. Dans ce même optique il est urgent que la Commission engage la révision de la Directive sur les Comités d'Entreprise européens, en vue d'élargir son champ d'application et de rendre ses dispositions plus efficaces.

La CES réitère sa proposition à l'UNICE / CEEP de négocier les mesures nécessaires à encadrer socialement les restructurations industrielles tout en appelant aux autorités européennes qu'elles ne peuvent pas se dérober de leurs responsabilités dans ce domaine.

4. A ces préoccupations sur le plan social, d'autres s'ajoutent sur le plan politique.

La CES s'alarme plus particulièrement par la montée en flèche des mouvements d'extrême droite, populistes, racistes et xénophobes qui représentent la négation des principes démocratiques et des valeurs auxquelles s'inspire le syndicalisme. Leur discours démagogiques et simplistes exploitent les peurs des populations, leur désarroi et incertitude. Ils risquent de porter atteinte au processus d'élargissement de l'Union.

Face à cette réalité l'Europe doit se ressaisir. Une politique commune d'immigration et d'asile est indispensable et urgente. Le Conseil Européen de Séville serait toutefois malavisé de la réduire à une question purement sécuritaire.

L'exploitation des clandestins et le trafic des êtres humains doivent être stoppés mais la maîtrise de l'immigration doit s'accompagner d'une stratégie efficace d'intégration, fondée sur l'égalité des droits et de traitement ainsi que sur la tolérance et le respect des diversités culturelles.

Le mouvement syndical continuera à s'opposer radicalement à toute manifestation de racisme, de xénophobie, d'antisémitisme et aux toutes sortes de discriminations sur les lieux du travail comme dans la société.

Redonner de l'espoir aux populations qui se sentent marginalisées par les changements en cours et qui vivent dans un climat d'insécurité pour leur avenir, demande aussi l'intensification de la lutte au chômage et aux inégalités sociales, par de politiques nationales et européennes porteuses des nouveaux emplois et de cohésion sociale.

5. L'Europe vit un moment important de son histoire à la veille de la réunification du continent suite à l'élargissement de l'Union. C'est le moment de réaffirmer, dans les faits, les valeurs sur lesquelles l'Europe est fondée.

La Convention Européenne doit être capable de donner un nouveau souffle au projet européen avec la reconnaissance pleine de notre modèle social et des droits des citoyen(ne)s.

Seulement un plus d'Europe, sociale, citoyenne, démocratique peut faire échec aux forces qui prônent le retour au passé et consolider la légitimité de l'Union vis à vis du monde du travail et des nouvelles générations.

ED09A1602

## *Quel avenir pour l'Europe ? Les syndicats préparent leur contribution au débat.*

Le Secrétariat européen commun de la CGT-L (OGB♦L/FNCTTFEL/FLTL) et du LCGB a élaboré un programme de travail pour animer au cours des mois à venir un large débat sur l'avenir de l'Europe au sein du mouvement syndical. Ce débat aura pour but de préparer une contribution syndicale aux travaux pour une réforme de l'Union européenne.

Une première réunion de travail a eu lieu le 3 juin 2002 à la Chambre des employés privés qui réunissait des représentants de l'OGB♦L et du LCGB engagés dans les travaux de la Confédération européenne des syndicats.

Le Secrétariat européen commun de la CGT-L et du LCGB avait également invité des représentants de la Chambre des employés privés et de la Chambre de travail à participer à la réunion.

Ben Fayot était invité en tant que parlementaire luxembourgeois membre de la convention sur l'avenir de l'Europe. Il a exposé les travaux de la convention et souligné les principaux sujets du débat européen.

Les participants au séminaire ont ensuite eu l'occasion d'avoir une discussion ouverte avec M. Fayot.

# Sécurité Sociale :

## accord entre l'Union Européenne et la Suisse

### Entrée en vigueur le 1er juin 2002

L'objectif de cet accord est d'établir la libre circulation des personnes (travailleurs salariés et non salariés, fournisseurs de services et personnes n'exerçant pas d'activité économique) entre les parties contractantes, sur la base de la réglementation communautaire, en particulier l'accès au travail, le droit de résidence et l'égalité de traitement.

Cet accord, qui concerne les ressortissants des États membres de l'Union européenne et de la Suisse, **entre en vigueur à partir du 1er juin 2002** et est conclu pour une période initiale de sept ans, mais sera renouvelé indéfiniment sauf notification par l'Union européenne ou la Suisse à l'autre partie contractante, avant l'expiration de la période initiale.

Tous ceux ou toutes celles qui ont travaillé et/ou qui vont travailler en Suisse pourront bénéficier des dispositions en matière de libre circulation et, en particulier, de sécurité sociale.

#### Libre circulation des personnes

Les ressortissants de l'Union européenne désirant travailler comme salarié ou non salarié en Suisse doivent demander un permis de séjour.

La Suisse, qui maintiendra des quotas pendant une durée de cinq ans après l'entrée en vigueur de cet accord, doit accorder au moins 15.000 nouveaux permis de résidence d'une validité d'au moins un an et 115.000 permis de 4 mois à un an. Il n'y a pas de restriction possible pour un séjour de moins de quatre mois.

Les ressortissants de l'UE qui, au moment où l'accord entre en vigueur, travaillent déjà comme salariés ou non salariés en Suisse, ne sont pas soumis au système des quotas. Ils ont le droit de faire renouveler leur permis de séjour, même si les chiffres des quotas sont dépassés. Ceux qui avaient un permis de séjour d'une validité d'au moins un an, mais qui ont quitté la Suisse, auront la priorité, dans le cadre du système des quotas, pour renouveler leur permis de résidence.

Les ressortissants de l'UE qui ont un permis de séjour valide ont droit à l'égalité de traitement en ce qui concerne le travail et

les conditions de vie, ainsi qu'à des avantages fiscaux et à des prestations sociales. Dès qu'ils auront obtenu le permis de séjour, ils pourront exercer une activité économique où que ce soit en Suisse. Les membres de leur famille pourront les rejoindre et lorsqu'un permis de séjour leur aura été délivré, ils pourront également travailler. Les enfants de ressortissants de l'UE ont droit à l'égalité de traitement en matière d'éducation et de formation professionnelle.

Les personnes qui n'exercent pas d'activité économique peuvent obtenir un permis de séjour, dans la mesure où elles peuvent prouver qu'elles ne seront pas à la charge du système d'assistance sociale suisse et qu'elles bénéficient d'une assurance maladie couvrant tous les risques.

#### Sécurité Sociale

L'accord prévoit la coordination des régimes de sécurité sociale comme un aspect nécessaire et vital pour atteindre ses objectifs.

En conséquence, les règlements 1408/71 et 574/72, tels que modifiés par le règlement 307/1999 du 8 février 1999 et les décisions et recommandations de la Commission administrative adoptées avant cette date de signature, font partie de l'accord.

L'accord s'écarte de l'application de certaines parties du règlement 1408/71/71 en fixant dans un protocole à l'annexe II des dispositions spéciales sur le droit à l'assurance-chômage pour les travailleurs de la Communauté disposant d'un permis de séjour d'une validité d'au moins un an.

Lors d'une réunion spéciale du Comité pour la Libre Circulation des Travailleurs, plusieurs recommandations ont été faites à la Commission de l'Union européenne pour faire diffuser et faire connaître **aux citoyens** les droits résultants de cet accord.

## *L'inclusion sociale pour combattre le racisme et la xénophobie*

Lors des manifestations du 1er mai, plusieurs leaders syndicaux ont lancé des appels pour une société plus juste et plus tolérante. Face aux événements récents dans plusieurs pays, la CES tient à réaffirmer son attachement aux valeurs de la démocratie et à la solidarité. Elle reste convaincue que l'égalité de droit et de traitement, l'inclusion et la cohésion sociales sont des instruments avec lesquels on peut efficacement combattre le racisme, la xénophobie et les replis nationalistes.

Les 'populistes' lient de manière générale et unidimensionnelle, l'immigration à l'insécurité et à la criminalité. La CES est d'avis qu'une politique de migration claire, régulant sur le plan européen l'entrée et l'admission des travailleuses et travailleurs des pays tiers s'impose pour combattre efficacement le racisme, la xénophobie et toutes autres formes de discriminations et pour valoriser la diversité culturelle. La Convention qui prépare l'Europe d'après 2004 ne pourrait plus faire l'impas-

se sur les compétences européennes à ce sujet. La CES reconnaît que la montée des violences au quotidien reflète un vécu d'insécurité et l'insécurité existentielle en premier lieu. Pour cette raison une politique européenne d'emploi, axée sur l'accès à un emploi de qualité, est plus que jamais de mise. La CES est également d'avis que des mesures facilitant l'inclusion de groupes ayant plus de difficultés à trouver un emploi, une formation ou un logement sont indispensables.

# “NUR EINE STARKE GEWERKSCHAFT SORGT FÜR BEWEGUNG - IN DIE RICHTIGE RICHTUNG“



(Teil2)

... Kolleginnen, Kollegen!

"Mehr Demokratie in den Betrieben durch eine starke Gewerkschaft und moderne Gesetze", das ist der Slogan der laufenden Mobilisierungskampagne, auf der Grundlage präziser Kongressbeschlüsse von Dezember 1999. Wir mobilisieren und erhöhen den gewerkschaftlichen Druck in den nächsten Wochen, weil wir nach wie vor im Reformstau stecken und die Zeit uns davon läuft! Im November 2003 sind Sozialwahlen, die für den OGB♦L nur auf Basis neuer, angepasster und moderner, sogenannter Gewerkschaftsgesetze stattfinden können.

Wir meinen:

1. Das Ausschutsszgesetz, die legale Basis für die wichtige Arbeit der gewählten Betriebsdelegierten muss in den nächsten Monaten, und zwar vor den Sozialwahlen im November 2003 reformiert werden. Es muss dem neuen Umfeld in den Betrieben, den neuen Betriebsstrukturen angepasst werden, im Sinne von:

- ♦ dem absoluten Schutz der Delegierten vor willkürlichen und kleinlichen "Mise à pied"-Aktionen des Patronats, durch neue Schutzmechanismen;
- ♦ mehr Befugnissen, d.h. mehr Mitbestimmung und Information, um die Interessen der Belegschaft optimal und entsprechend dem Kollektivvertrag und den Arbeitsgesetzen vertreten und verteidigen zu können;
- ♦ mehr Befugnissen und Unterstützung durch eine reformierte ITM und einer Arbeitsmedizin, die Instrumente zur Bekämpfung aller Formen von Stress, "Harcèlement", Mobbing, usw.
- ♦ dem Zugang und dem Recht auf die Benutzung der modernen Informationsmittel innerhalb des Betriebes.

Wirtschaftsdemokratie ist für uns so bedeutend, wie politische Demokratie, darum verlangen wir endlich die Reform. Es gibt in der Zwischenzeit eine EU-Direktive betreffend "Information et consultation des salariés au niveau national" - erinnern wir uns in diesem Zusammenhang an den Fall "Renault Vilvoorde". Diese muss ins nationale Recht umgesetzt werden und verändert wichtige Spielregeln zu Gunsten des Saliariats und seiner Gewerkschaften.

Wir fragen uns, wann das neue Ausschussgesetz fertig sein wird? Sollte es für 2004 nicht bereit sein, müssten die im November 2003 stattfindenden Sozialwahlen ausgesetzt werden, auch wegen der EU-Direktive. Passiert bis 2004 nichts, wird so bald nichts geschehen. Das Patronat hat rezent gemeint, die Gewerkschaften und Delegierten verfügten bereits über zu viele Rechte: Nein, es gibt kein Gleichgewicht, die Arbeitnehmer sind immer noch die Geisel von Patronats-Entscheidungen! Das Patronat hat genauso dieser Tage

gemeint, in vielen Betrieben brächten es die Gewerkschaften nicht einmal fertig, Listen aufzustellen! Wenn das stimmen sollte, dann sind die Patronats-Methoden daran Schuld. Dieses Verhöhnern sollten wir als Herausforderung für das Aufstellen von noch mehr Listen in noch mehr Betrieben verstehen! Nur starke Gewerkschaften und eine starke gewerkschaftliche Präsenz im Betrieb bedeuten optimalen Schutz und Respekt erworbener Rechte.

2. Die Reform des Kollektivvertraggesetzes muss durchgezogen werden, um Klarheit, Abgrenzung und neue Spielregeln zu schaffen, damit

- ♦ das Prädikat „Nationale Repräsentativität“ klar umschrieben und die Zersplitterung der Gewerkschaftsszene verhindert wird
- ♦ der Antrag auf Kollektivvertragsverhandlungen, der Abschluss von Tarifverträgen sowie Konfliktsituationen besser geregelt, und wenn nicht, die Aktionsmöglichkeiten der Gewerkschaften verbessert und erweitert werden.

3. Die Reform der Mitbestimmungsgesetze von 1974, welche den neuen Betriebsformen und Strukturen, ob Fusionen oder Zerstückelung, Filialisierung Rechnung tragen müssen.

Wir haben einen guten Dialog mit dem Arbeitsminister! Dies ändert aber nichts an der Feststellung, dass endlich neue und moderne Gesetze gestimmt werden müssen.

Kolleginnen, Kollegen!

Der OGB♦L ist mit fast 52.000 Mitgliedern die grösste Gewerkschaft. Dieses Vertrauen haben wir uns erarbeitet und müssen wir täglich neu beweisen. Dies gilt auch für die nationale Repräsentativität. Grosse Gewerkschaften

tragen auch grosse Verantwortung. Wer eine grosse Gewerkschaft sein will, muss auch Größe zeigen in der täglichen Arbeit und Einsatz, d.h. Ehrlichkeit, Konsequenz, Weitsicht und Kollegialität im Umgang mit anderen Gewerkschaften. Die Verteilung von Äpfeln, Osterhasen und Ostereiern, verbunden mit leeren Versprechen reicht nicht!

Der OGB♦L ist weniger sozialistisch/kommunistisch als der LCGB (oder zumindest einige von ihnen) "paafesch" ist! Aber ist nicht J.-C. Juncker der einzige und grösste Sozialist und Kommunist in Luxemburg, in der EU und neuerdings sogar in China. Also ist er bei uns in bester Gesellschaft und wir können ihm die Ehrenmitgliedschaft im OGB♦L anbieten. Kollegen vom LCGB, hört mit dem Unsinn auf. Konzentrieren wir uns auf die Arbeit und die Herausforderungen, auf unsere Verantwortung für die Schaffenden.

In diesem Jahr feiern wir das 25. Jubiläum der nationalen "Tripartite". Von Anfang an war sie umstritten, aber erfolgreich. Wenn Luxemburg die Folgen der Weltwirtschaftskrise (1978-1985) ohne Massenarbeitslosigkeit, massiven Sozialabbau u.a. negativen Folgen nicht kannte, dann durch die Tripartite, die unsere Organisation 1976 forderte und durchsetzte. Auch weil wir alle anderen Gewerkschaften sensibilisieren und solidarisieren konnten. Wir erzielten mit der Tripartite einen offensiven statt defensiven Dialog und konkretes und schnelles Handeln. Wir erzielten durch sie einen starken Sozialdialog, an einem Tisch, an dem Regierungsmitglieder, Gewerkschafter und Patronat zusammen sitzen. Die Konsequenz war offensives Handeln. Es wurde damit bewiesen, dass ein starker Sozialdialog, der Dialog schlechthin, politische und wirtschaftliche Stabilität garantiert. Sie bewies und beweist: Gewerkschaftliche Stärke ist die Fähigkeit, Konflikte in Dialog umzuwandeln! Darum halten wir als OGB♦L an der Tripartite fest!

Sie ist längst nicht mehr nur ein Antikrisen-Instrument, sondern eine Institution, die den Schaffenden und ihren Gewerkschaften ein starkes Stück politische und wirtschaftliche Demokratie gegeben hat. Neben WSR und anderen



Gremien ist die Tripartite, durch die direkte Regierungsbeteiligung, das Instrument, das auf Probleme, Dringlichkeiten, PAN, EU-Beschlüsse und Direktiven usw. schnell und kompetent reagieren kann!

Erinnern wir an die sektoriellen Tripartites, die Stahltripartite, die Eisenbahntripartite und bald schon eine Bau(schutt)tripartite. Sollten wegen einem Mangel an politischer Verantwortung und Solidarität auf nationalem und lokalem Plan über 20.000 Beschäftigte aus dem Bau und dem Bauhandwerk Teilchömage und damit Einkommensverluste haben, wird der OGB♦L dies nicht kampflos hinnehmen und sich mit allen gewerkschaftlichen Mitteln gegen alle zur Wehr setzen! So sieht es der OGB♦L.

Darum setzt der OGB♦L seine Mobilisierung fort und wiederholt seine Forderungen nach

- ♦ mehr Demokratie in den Betrieben durch den Ausbau und die Verbesserung der Gewerkschafts- und Mitbestimmungsgesetze (Personalausgänge und gemischte Betriebsräte)
- ♦ einer optimalen sozialen Absicherung in allen Lebenslagen
- ♦ der Beibehaltung der automatischen Indexierung der Einkommen
- ♦ einer bestmöglichen Bildungs- und Weiterbildungspolitik
- ♦ einer offenen Zukunftsdebatte
- ♦ einer offensiven, kontinuierlichen Kollektivvertragspolitik
- ♦ ernsthaften Lohn- und Gehaltserhöhungen

- ♦ der gesetzlichen Verankerung und Verallgemeinerung der 6. Urlaubswoche
- ♦ der Einführung der 35-Stundenwoche über ein Arbeitszeitrahmengesetz bis 2003

sowie

- ♦ der Einführung einer Negativsteuer
- ♦ der Förderung von Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand
- ♦ einer Reform der Kindergeldpolitik und der gewerblichen Unfallversicherung.

Nach der erfolgreichen Mobilisierung für eine gerechte Umverteilung, der OGB♦L-Androhung eines Generalstreiks, der Zustimmung des Staatsministers im Oktober 2000, der OGB♦L würde die richtigen Akzente mit der Umverteilung setzen, haben wir

1. Massive Rentenerhöhungen zum 1.3.2002 durchgesetzt und dadurch ein Stück mehr Rentengerechtigkeit realisiert. Über die finanziellen Verbesserungen für die heutigen Rentner hinaus, konnte das Prinzip des öffentlichen Rentensystems erhalten und verbessert. Entgegen den Beschlüssen der 15 (also inklusive Luxemburg), vor Wochen in Barcelona das Rentenalter auf durchschnittlich 63 Jahre festzulegen:

- ♦ bleibt bei uns die Regelung 57/40 unangetastet (OGB♦L-Mobilisierung von 1990)
- ♦ werden die Rentenjahre ab dem 55. Lebensjahr verbessert und nicht verschlechtert im Sinne des Rentenalter erst ab 63



- ◆ wurde der absurden Diskussion "taux d'emploi / activité" (70%), eine Abfuhr erteilt.

Der Rententisch war zweimal von Bedeutung, zum einen weil er trotz ursprünglicher Aussagen Junckers, massive Verbesserungen beinhaltet und zum anderen weil er die prinzipielle Absicherung und die Verbesserung des bestehenden Systems einschliesst. Der Rententisch Nummer zwei muss nun vorbereitet werden, um noch bestehende grundsätzliche Probleme in Angriff zu nehmen.

2. Die Einführung der "Mammen"-Rente, einem wichtigen und notwendigen Nebenprodukt, das nun aber nicht wie die CSV es wollte, aus den Rentenreserven des Privatsektors für alle finanziert wird, genau den Reserven, die seit 1996 für CSV/LSAP-Regierung unantastbar für Rentenverbesserungen waren.

3. Die Reform der Invalidentente, endlich nach jahrelangem und hartem Ringen seit 1999 in der Tripartite. Mit ihr wird es möglich kranke und invalide Menschen zu respektieren, ihnen die finanzielle Absicherung zu garantieren, statt sie in die Armut und ins Abseits zu zwingen.

4. Der Heizkostenzuschuss, der dank der OGB♦L-Interventionen am 27.12.2001 weitergeführt wird, ... usw.

Kolleginnen, Kollegen!

Soziale Umverteilung und eine kontinuierliche Lohnpolitik gehören zu den

wichtigsten Aktivitäten des OGB♦L. Soziale Absicherung, Kaufkrafterhaltung und -schaffung, gerechter Lohn für geleistete Arbeit, erfordern ein Zusammenspiel politischer und kollektivvertraglicher Arbeit und Realisierungen. Die politische Arbeit und damit die Erfolge der Umverteilungskampagne des OGB♦L wurden genannt. Unsere Kollektivverträge sollen parallel dazu, den gerechten Lohn und menschenwürdige Arbeitsbedingungen ermöglichen. Und dazu gehört auch die automatische Indexierung, die wir Jahr für Jahr gegen Patronatsangriffe erfolgreich verteidigen.

Nur eine starke Gewerkschaft ermöglicht Bewegung nach vorne! Nur eine starke Gewerkschaft verhindert Lohnmoderation oder Sozialabbau. Durch eine starke Gewerkschaft wird das Zusammenspiel Steuerpolitik, Sozialpolitik, Familienpolitik, Steuerpolitik, Einkommens- und Lohnpolitik als Ganzes ermöglicht und damit Realloohnerhöhungen und Kaufkraftverbesserung realisiert! Der OGB♦L war, ist und bleibt das Schutzschild, das verhindert, dass nicht mit der einen Hand gegeben und mit der anderen genommen wird.

Eine der ganz grossen Herausforderungen für die Zukunft ist darum die für uns der inakzeptable Versuch der Privatisierung sozialer Leistungen durch Systeme der privaten oder betrieblichen Zusatzversicherungssysteme. Das wäre ein gewaltiger Schritt in Richtung Zweiklassengesellschaft und Präkarisierung.

Die sogenannte Nischenpolitik in Luxemburg, mit dem Segen unzurei-

chender EU-Bestimmungen und Kontrollmöglichkeiten, erlaubt:

- ◆ Illegalität in der Legalität
- ◆ Ausbeutung und modernes Sklaventum
- ◆ Soziales und wirtschaftliches Dumping
- ◆ die Delokalisierung von Betrieben
- ◆ Briefkastenfirmen
- ◆ Scheinfirmen
- ◆ Scheinselbstständigkeit
- ◆ anderen Unarten von Entwicklungen auf Kosten des Saliariats den Weg zu ebnen ; Kopfschlächter in Luxemburg, Pavillon maritime, Rheinschiffahrt, Hunderte von Briefkastenfirmen usw.

Das ist in der Regel Ausbeutung von Menschen und Ausschachtung unserer Sozialkassen. Kralowetz ist hierfür ein Beispiel! Hier hat der OGB♦L einen formidablen humanitären und politischen Einsatz gezeigt. Unsere Aktion hat in Luxemburg und in Europa politisches Handeln provoziert! Minister Grethen hat am 29.01.2002 den Herrn Kralowetz im Parlament quasi "heilig" gesprochen, indem er ihm Qualitäten, wie Ehrenhaftigkeit und Finanzkapazität, bescheinigte. Im Nachhinein gab der Urteilsspruch dem OGB♦L jedoch Recht, dem Minister Unrecht und strafte auch all jene Lügen, die an massivem Gedächtnisverlust litten.

Kolleginnen, Kollegen!

Europa, die EU wird auch an diesen negativen Beispielen gemessen. Europa, die EU ist an einem Wendepunkt angelangt. Die Beschlüsse von Barcelona im Sozialbereich und ihre Umsetzung à la Berlusconi weisen auf Abbau hin. Dies gilt heute schon für Österreich und morgen für Holland und England, wo "New Labour-Blair" fast alles privatisiert und verschlechtert hat, was möglich war! Sein "sozialistisches" Modell ist keine Alternative zum Jospin-Sozialismus und der Politik, über den Weg der 35-Stundenwoche, Arbeit für alle zu realisieren. Warum schreibt J.-Cl. Juncker nicht an diese Regierungschefs und fordert sie auf, im Namen eines sozialen Europas, Sozialpolitik, statt Deregulierung und Abbau zu betreiben. Er, der behauptet, der Verfechter des sozialen Europas zu sein! War nicht auch er in Barcelona mit einer Anhebung des Pen-



sionsalters auf durchschnittlich 63 Jahre einverstanden, ohne Erklärung, wie die 17 Millionen Arbeitslose in der EU und mit ihnen 8.000 Arbeitslose in Luxemburg und Millionen Jugendliche, die morgen auf Arbeitssuche sind, eine Arbeit und eine Existenzgrundlage finden? Oder das Patronat, welches durch ein erhöhtes Rentenalter Sozialbeiträge einsparen will, selbst aber jede Kultur verloren hat, so dass Menschen ab 45-50 Jahren keine Einstellungschance mehr haben oder entlassen werden weil sie zu "teuer" sind. Das Patronat verlangt niedrigere Sozialbeiträge, ist aber bereit teure Betriebszuschüssen für Minoritäten zu zahlen. Ein anderes schlechtes Beispiel ist auch die begonnene Diskussion über erhöhte Renten- und Krankenkassenbeiträge für Frauen (auch Witwen), weil ihre Lebenserwartung und die damit verbundenen Kosten höher sind.

Das ist Futter für Rechtspopulisten à la Le Pen u.a., die vieles versprechen, die aber - sind sie einmal am Ruder - Fremdenhass und Chaos hinterlassen. Der PAN-Aktionsplan 2003 riskiert auf Grund von Barcelona zur Stunde der Wahrheit zu werden. Sollten die Leitlinien vom Geist von Barcelona geleitet sein, werden Rentenalter, Beschäftigungsquoten, mehr Flexibilisierung zur Zerreißprobe für die Sozialkultur in der EU und den einzelnen Mitgliedsländern.

Kolleginnen, Kollegen!

Nicht nur Terrorismus und Krieg machen uns Angst. Angst macht uns die Politik des Sozialabbaus, der falschen Korrekturen, des sogenannten Modernisierens, wie sie seit Jahren von praktisch allen Politikern mit der Unterstützung des Patronats, gemacht wird.

Auch haben wir Angst, weil auf dieser Welt immer noch keine gerechte Umverteilung stattfindet. Die Mehrheit der Menschen auf dieser Welt leben in Armut, ohne Einkommen, ohne soziale Absicherung. 30.000 sterben täglich an Unterernährung. 1,2 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser und alle acht Sekunden stirbt dadurch ein Kind. Und doch diskutieren wir über die Privatisierung der Wasserwirtschaft in der EU sowie aller

anderen öffentlichen Dienstleistungen, die wir dem Profitstreben der Marktwirtschaft überlassen und damit der Verteuerung und Verschlechterung der Dienstleistungen, die zu den Menschenrechten gehören, weil sie das Überleben garantieren.

Die Welt und auch Europa braucht eine bessere Politik, eine Politik, welche die Menschen in den Mittelpunkt politischen und wirtschaftlichen Handelns stellt und nicht die Jagd nach Macht und Profit. In Europa gab es nie so viele soziale Spannungen und Unruhen wie heute! Bei jedem EU-Gipfel manifestieren seit 1997 hunderttausende Gewerkschafter und Vertreter der Zivilgesellschaft für Europa, aber gegen Sozialabbau, gegen Ungerechtigkeit, gegen die Machtballung der Globalisierung.

Der EGB - und das sind auch wir - muss sich neue Ideen einfallen lassen, um soziale Harmonisierung nach oben zu realisieren, statt Abbau und Deregularisierung. Massendemos genügen nicht mehr, der Widerstand muss national und europäisch eine andere, wirksamere Qualität bekommen! Es geht um unser Sozialsystem, um unsere Lebens-

beschäftigung und durch Solidarität wird erweitert durch den gemeinsamen und solidarischen Kampf mit unseren französischen Kollegen (aber auch den deutschen) gegen Rechtspopulismus und all seine Gefahren. Es geht dabei nicht nur um Le Pen, sondern auch gegen ähnliche Entwicklungen und Gefahren, die überall in Europa lauern. Schade, dass der LCGB einmal mehr - ganz bewusst - abseits steht! Alle, auch er, müssen wissen, dass die Welt und Europa, komplizierter wurden und dies besonders für die Schaffenden. Gewerkschaften müssen als Antwort, statt gegeneinander, miteinander handeln.

Den Fusionen der Konzerne, der Globalisierung und Mondialisierung muss als Antwort und Gegenmacht, die Fusion der Gewerkschaften stehen. National, europäisch und international. Es ist nie zu spät! Wollen wir Werte wie Frieden, Freiheit, Brot, Arbeit und soziale Sicherheit für alle erhalten oder realisieren, dürfen uns keine falschen oder fiktiven ideologische Gegensätze trennen, sondern der Einsatz für Menschenrechte vereinen. Sorgen wir weiterhin für Bewegung!



qualität! Gegen das schlanke und neoliberale Europa!

"Vive den 1. Mee, Rendez-vous zu Thionville"

Kolleginnen, Kollegen!

Die 1. Mai-Feier in Thionville hat dieses Jahr eine größere Bedeutung, als vor Wochen erwartet wurde. Unser Einsatz für ein soziales Europa, durch Voll-



## Affaire Kralowetz

### OGB♦L-ACAL reicht 162 Forderungserklärungen ein

In einem Rundschreiben vom 30. April 2002 an die 175 im Januar in Luxemburg gestrandeten Kralowetz-Fahrer, forderte der OGB♦L-ACAL von jedem einzelnen Lkw-Fahrer Angaben und Unterlagen über seine Geldansprüche gegenüber der Firma Kralowetz.

162 Fahrer reagierten auf das Rundschreiben und reichten ihre Forderungserklärungen mitsamt Beweismaterial ein. Geantwortet haben 119 slowakische, 32 bulgarische, 9 tschechische, 1 jugoslawischer und 1 rumänischer Fahrer. Die Lohnrückstände belaufen sich für diese Fahrer auf insgesamt fast 600.000.-

Der OGB♦L-ACAL hat die Forderungserklärungen an seinen Anwalt weitergeleitet, der dieselben in den kommenden Tagen an die Konkursverwalterin übermitteln wird.

Fest steht, dass die Fahrer auf keinen Fall auf ihre Rechte verzichten werden.

In diesem Zusammenhang begrüßt der OGB♦L das Einsetzen der parlamentarischen Enquetekommission, die Licht hinter die Praktiken im internationalen Straßengüterverkehr bringen soll. Er warnt jedoch vor einem bevorstehenden Kompetenzstreit zwischen Justiz und Enquetekommission. Nach wie vor plädiert der OGB♦L für die absolute Transparenz und die restlose Aufklärung und fordert, dass die richtigen Lehren gezogen werden.

## Soulagement

### Morcellement de Luxair S.A. évité

Sous l'impulsion de l'OGB♦L, une division de Luxair S.A. a pu être évitée. Les partenaires sociaux ont signé un document à ce sujet suivant lequel Luxair S.A. tire un trait sur la question de créer une société à part pour gérer son service « catering ». Environ 150 salariés du service gastronomique « Luxair-Catering » assurent, chaque jour, la préparation de milliers de repas et de sandwiches consommés par les clients à bord des avions.

Pour répondre à la demande croissante, Luxair S.A. a eu recours à du personnel de la société Airrest S.A., société sous laquelle sont gérés les restaurants du Groupe Luxair. L'OGB♦L avait reproché à Luxair de faire, par cette manière, un prêt de main-d'œuvre illégal.

Luxair S.A. voulait résoudre ce problème par la création d'une nouvelle société Luxair Catering S.A. vers laquelle l'ensemble du personnel devait être transféré. La création de cette nouvelle société aurait provoqué la division de Luxair S.A.

Dès le début, l'OGB♦L et les délégués élus de l'OGB♦L se sont opposés à ces plans de filialisation. Grâce à une bonne

argumentation, l'OGB♦L a pu convaincre la direction de revoir sa décision.

L'arrangement signé entre partenaires sociaux prévoit notamment les points suivants :

- ♦ Le personnel de la S.A. Airrest sera repris par Luxair S.A. à partir du 1er mai 2002. Les salariés concernés seront couverts, à partir de cette date, par la convention collective Luxair S.A. et bénéficieront des mêmes conditions de rémunération et de travail que le personnel de Luxair S.A.
- ♦ La structure salariale pour les nouveaux embauchés après le 1er mai 2002 a été modifiée.
- ♦ Luxair S.A. confirme qu'à l'heure actuelle, aucun autre projet de filialisation n'est à l'étude.

Reste à souligner le dialogue constructif entre la délégation de l'OGB♦L et la direction de Luxair S.A.

L'OGB♦L espère avoir donné un signal par ce résultat et lance un appel aux employeurs ayant les mêmes idées de morcellement de leur société, de revoir leurs plans.

## OGB♦L chez Christian Heinzmann

# Améliorer le dialogue social !

Une délégation de l'OGB♦L, composée du président John Castegnaro, du secrétaire central Hubert Hollerich ainsi que des membres de la délégation du personnel Annette Schuler-Vandeputte, Anna Paula, Antonio De Oliveira Santos, Borges Helder, Jose Figueiredo, Joao Loureiro et Serge Schmit, fut reçue, le vendredi, 14 juin 2002, par le directeur général de Luxair S.A. Christian Heinzmann.

La discussion menée avec Christian Heinzmann était la continuation des débats menés en date du 13 mai 2002 lors d'une entrevue avec le ministre des Transports Henri Grethen.

L'ordre du jour portait sur les sujets suivants :

- ♦ La stratégie future de Luxair S.A.
- ♦ La collaboration avec Cargolux
- ♦ La modernisation et l'extension de l'aéroport
- ♦ La revitalisation du groupe de travail „Cargo Canter“
- ♦ La formation des chauffeurs d'autobus et de camion

### Stratégie

Christian Heinzmann a confirmé que Luxair participe à la création d'une nouvelle société de handling de fret aérien qui aura son siège social à Francfort. Cette nouvelle société n'aurait aucun impact sur le site et sur l'effectif de Luxair au Luxembourg.

Concernant l'achat de nouveaux avions, Christian Heinzmann a confirmé qu'il opte plutôt pour une flotte homogène. Voilà pourquoi il faut remplacer les Fokker par des Embraer plus confortables et plus économiques.

Luxair aurait établi un plan de stratégie sur trois années. La devise est : « Faire encore mieux qu'aujourd'hui ». Heinzmann a expliqué qu'il opte pour une politique prudente et qu'il ne prenait pas de risques. Il a confirmé qu'il n'y aurait aucun changement au niveau de l'effectif de Luxair S.A.

Il a plaidé pour un dialogue social efficace et constructif et reconnaît qu'il y avait des déficits à ce plan.

### Collaboration avec Cargolux

Une fusion entre Luxair et Cargolux serait hors question. Il s'agit de deux activités complètement différentes, a dit Christian Heinzmann.

Or, il pouvait s'imaginer que dans l'avenir il y aurait une collaboration plus étroite sur quelques points bien précis entre les deux compagnies d'aviation luxembourgeoises.

### Modernisation et extension de l'aéroport

Christian Heinzmann a avoué qu'il y aurait des déficits énormes au niveau infrastructure, surtout en ce qui concerne l'aérogare et le handling des passagers. Considérant que les bâtiments sont la propriété de l'Etat, Luxair n'a que très peu d'influence pour y remédier. On devrait attendre les conclusions de la procédure légale entamée par l'Etat.

Concernant le système de sécurité mis en place ainsi que l'exposition quotidienne du ravitaillement des salariés aux rayons-X, Heinzmann a précisé que la direction de Luxair se rend compte de cette situation. Ces mesures de sécurité ont été décidées par le Gouvernement à la suite des attaques terroristes du 11 septembre 2001. Celles-ci ont été imposées par le Gouvernement américain.

Heinzmann interviendra auprès des autorités compétentes pour que les salariés Luxair reçoivent un laissez-passer particulier.

### Groupe de travail « Cargo Center »

Sur demande de l'OGB♦L, le groupe de travail « Cargo Center » qui, en 1999, fut supprimé sans le moindre motif par le directeur ayant sous ses compétences la gestion du Cargo Center, sera revitalisé. Ce groupe de travail a pour mission de dresser un relevé de tous les malaises au nouveau Cargo Center et de présenter des solutions.

Du côté salarial, le groupe de travail sera composé aussi bien d'employé(e)s privé(e)s que d'ouvriers(ières).

### Formation pour chauffeurs de camion et d'autobus

Les chauffeurs de camion et d'autobus Luxair qui conduisent leur véhicule dans l'enceinte de l'aéroport n'ont pas besoin d'être en possession d'un permis de conduire adéquat. Sur initiative de l'OGB♦L Luxair offrira, dans l'avenir proche, une formation spécifique aux concerné(e)s.

# Den Sozialdialog wieder herstellen !

Auf schriftliche Anfrage des OGB♦L vom 14. Mai 2002 hin, wurden am 18. Juni 2002 Delegationen von OGB♦L und LCGB von der Cargolux-Direktion empfangen.

Die OGB♦L-Delegation setzte sich aus dem Präsidenten John Castegnaro, dem Zentralsekretär Hubert Hollerich sowie den Betriebsdelegierten Karin Müssen, Romain Daubenfeld, Tom Nemeth, John O'Connell, Nadia Ismail und Joël Krier zusammen.

Die Diskussion mit der Cargolux-Direktion, deren Delegation von Roger Sietzen angeführt wurde, stellte die Fortsetzung des Gesprächs dar, das der OGB♦L am 13. Mai 2002 mit Transportminister Henri Grethen hatte.

Zur Diskussion standen folgende Punkte:

- ♦ Soziales Klima und 7%-iger Personalabbau
- ♦ Strategie für die Zukunft
- ♦ Verkauf der Swissair-Aktien
- ♦ Synergien
- ♦ Bau eines Hangars

### **Soziales Klima und 7%-iger Personalabbau**

Der OGB♦L kritisierte den Umstand, dass trotz positiver Resultate, an dem geplanten Personalabbau von weltweit 7% festgehalten wird. Kritisiert wurde auch den mangelnden Sozialdialog, der dazu führt, dass die Gerüchteküche brodelet.

Cargolux gestand ein, den Sozialdialog nicht genug gepflegt zu haben und kündigte Verbesserungen auf diesem Gebiet an.

Cargolux erklärte, der Personalabbau geschehe in erster Linie aus Kostengründen. Angepeilt werde eine Beschäftigtenzahl von 1.329 Arbeitnehmern Ende 2002, gegenüber 1.391 im Januar 2002. Der Personalabbau soll über Früh pensionierung und natürliche Pensionsabgänge erfolgen. Zusätzlich wurde ein Einstellungsstopp und die Nicht-Verlängerung von Zeitverträgen entschieden. Kollektiventlassungen seien nicht vorgesehen. Die Zahl 1.329 sei kein Dogma. Eine Kurskorrektur sei zu jedem Zeitpunkt möglich.

Die von Cargolux angebotene Früh pensionierung habe bislang Zuspruch bei 6 Beschäftigten gefunden. Man hoffe, weitere 12 bis 14 Beschäftigte für diese Lösung überzeugen zu können.

Mit 315 Crew-Members und weiteren geplanten Einstellungen von zusätzlichen 10 Piloten, ist Cargolux der Meinung, ausreichend Luftpersonal zu haben, um das bereits gekaufte 12. Flugzeug personalmäßig in Betrieb nehmen zu können.

Im Laufe der Diskussion wies der OGB♦L immer wieder auf den mangelnden Informationsfluss hin. Die Direktion war der Meinung, es bestünde zwar ein Informationsfluss, dieser funktioniere aber nicht im so genannten „Middle-Management“.

Roger Sietzen bekräftigte, die Gewerkschaften künftig wieder enger in den Entscheidungsprozess mit einzubinden.

### **Strategie für die Zukunft**

Cargolux werde sich weiterhin auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, was jedoch nicht bedeute, dass nun Outsourcing im großen Stil betrieben werde. Synergien mit Luxair werden da gemacht, wo es notwendig sei und wenn sich erweise, dass dieselben rationell seien.

Die Strategie von Cargolux hänge sehr stark von den Wünschen der Kunden, von der Weltkonjunktur und von der Entwicklung des Flughafens Findel in Luxemburg ab.

Immer mehr Kunden verlangen vollständige logistische Paketlösungen, das Nachtflugverbot bewirke, dass die Cargolux-Flugzeuge von abends 23.00 Uhr bis morgens 6.00 am Boden bleiben. Das Cargo Center sei mit seinen zusätzlichen 250.000 Tonnen mittelfristig ausreichend. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 seien die Versicherungsgesellschaften nicht mehr bereit, Flugzeuge unter den üblichen Bedingungen zu versichern. All dies trage eher zu einem gemäßigten Wachstum bei.

Fest stehe, dass Cargolux, die ausschließlich von den luxemburgischen Rechten profitiere, auch künftig in Luxemburg bleibe. Eine Auslagerung ins Ausland komme, laut Sietzen, nicht in Frage. Umliegende Flughäfen, wie z.B. Bitburg, könnten bestenfalls als Ausweichflughäfen benutzt werden.

Angepeilt werde einen Ausbau der so genannten „5. Freiheit“, d.h. dass die zu transportierende Luftfracht nicht unbedingt über Luxemburg abgewickelt werden muss, sondern auch zwischen zwei ausländischen Staaten.

Was das Wachstum anbelangt, ist sich die Cargolux-Direktion noch nicht sicher, ob sie auch in Zukunft auf Boeing 747-400 zurückgreifen werde, oder ob sie auf den neuen Airbus A 380 umstellen werde.

### **Verkauf der Swissair-Aktien**

Zur Zeit hält Swissair immer noch rund 34 % der Cargolux-Aktien. Da Swissair offiziell am 15. September 2002 aufgelöst werde, dränge sich eine Lösung betreffend den Verkauf dieser Aktien noch vor diesem Datum auf.

Hierbei bieten sich zwei potentielle Käufer typen an: ein strategischer Investor oder ein finanzieller Investor.

Der OGB♦L hat diesbezüglich für einen strategischen Investor plädiert, der es der Cargolux ermöglichen würde, sein Streckennetz und seine Aktivitäten auszubauen.

Roger Sietzen bekräftigte, dass die Wahl eines neuen Cargolux-Präsidenten auch eng mit dem Verkauf der Swissair-Aktien zusammenhänge.

### **Synergien mit Luxair**

Roger Sietzen bekräftigte, eine Fusion zwischen Luxair und Cargolux komme, aufgrund der unterschiedlichen Aktivität, überhaupt nicht in Frage.

Synergien mit Luxair könnten auf folgenden Gebieten stattfinden:

- ♦ Datenverarbeitung
- ♦ Ausbildung der Piloten

.../...

.../...

- ◆ Immobilien (Benutzen ein und desselben Verwaltungszentrums)
- ◆ Anbieten von Dienstleistungen
- ◆ Versicherungen
- ◆ Technische Dienstleistungen (Enteisung, Schreinerarbeiten, Elektrikerarbeiten ...)

### **Bau eines Hangars**

Cargolux räumte ein, der Ball liege nun bei ihr, was den Bau des geplanten Hangars anbelange, wies aber auch darauf hin, dass die Kommodo-Inkommodo-Prozedur des Staats betreffend den Ausbau des Flughafens noch nicht abgeschlossen und demnach noch alles offen sei.

Die von Cargolux vorgestellten Pläne wurden im Jahr 2000 vom Transportministerium abgelehnt. Das Transportminis-

terium wies Cargolux einen neuen Standort zu, unmittelbar am Kreisel „Sandweiler“. Diese Entscheidung bremste die Pläne erheblich. Der neue Standort hat zur Folge, dass das Radarsystem an eine andere Stelle verlegt werden muss, was wiederum eine Verzögerung der Bauarbeiten für den Hangar mit sich bringt.

Wenn die Kommodo-Inkommodo-Prozedur abgeschlossen ist, könne ein Jahr später mit den Bauarbeiten begonnen werden, so die Cargolux-Direktion.

Cargolux beteuerte, der Bau des Hangars stelle nach wie vor eine absolute Priorität für die Firma dar.

Abschließend bekräftigte Roger Sietzen erneut, für den Dialog mit den Gewerkschaften bereit zu sein und denselben in Zukunft wieder zu pflegen.

## **Flughafenausbau oder Mouvement Ecologique c/ Grethen**

### **Das Personal des Flughafens ist kein Spielball!**

Im Kleinkrieg zwischen den Gegnern und Befürwortern des Flughafenausbaus ist nun der Punkt erreicht worden, bei dem der Schädlichkeitseffekt für die Personen, die am Flughafen arbeiten, dramatisch ist. Durch das jahrelange Hinauszögern der Prozeduren, herrschen am Findel unmenschliche und unwürdige Arbeitsbedingungen, die zudem das Unfallrisiko stark erhöhen.

Im Sinne der Betroffenen ruft der OGB♦L alle interessierten Parteien auf, die Diskussion endlich zu versachlichen. Gleichzeitig ist die Politik aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der Ausbau im Interesse der heutigen Aktivitäten, zügig voranschreitet.

Das Spiel mit der Angst, Druck und Gegendruck oder Erpressungsversuche sind in diesem wichtigen Dossier nun wirklich fehl am Platz, dies umso mehr als die wirtschaftliche und soziale Bedeutung des Flughafens von kapitaler Bedeutung ist.

Besonders unter diesem Blickwinkel drängt sich eine emotionslose Diskussion über den Ausbau und die Modernisierung des Flughafens auf, da schlussendlich mehrere Tausend Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen.

## **Kollektivvertrag für Busfahrer**

### **OGB♦L-ACAL hat unter Protest unterschrieben**

Nach langwierigen, Jahre andauernden Verhandlungen, wurde am Sitz der Handelskonföderation, der Kollektivvertrag für die Busfahrer des Privatsektors unterzeichnet.

Der OGB♦L-ACAL unterzeichnete diesen Vertrag nur unter Protest.

Auf heftige Kritik bei den OGB♦L-Mitgliedern stiess die neue Regelung zur Berechnung der Schichtzeit („Amplitude“). Das Verhandlungsergebnis sieht folgendermaßen aus:

- ◆ Einführung einer Referenzperiode von einem Monat
- ◆ Verringerung der „Amplitude“ von derzeit 12 auf 11 Stunden durchschnittlich innerhalb dieser Referenzperiode
- ◆ Herabsetzen der zu zahlenden Arbeitsstunden von derzeit 8 auf lediglich 7 Stunden pro Tag

- ◆ Geringe Lohnerhöhung von 0,7%
- ◆ Tagesspesensatz von 3.- sofern die Schichtzeit 6 Stunden übersteigt.

Der OGB♦L-ACAL hat im Vorfeld darauf hingewiesen, dass die Busfahrer nun nur auf ihre 40-Stunden-Woche kommen, wenn sie während 6 Tagen in der Woche zum Einsatz kommen.

Der christliche Gewerkschaftsbund zeigte sich von Anfang an erfreut über dieses miese Verhandlungsergebnis. Die Opposition aus den eigenen Reihen liess ihn unbeeindruckt.

Einziges Lichtpunkt: Nach einem Jahr ziehen die Sozialpartner Bilanz über das neue System und werden gegebenenfalls Anpassungen vornehmen.

## Europäische Lebensmittelbehörde: Europa wächst zusammen ! ?

Die europäische Union errichtet derzeit eine europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit. Eine der ersten Aufgaben besteht darin, einen 15 Mitglieder starken Vorstand zu bilden.

Die EFFAT (Europäische Föderation der Gewerkschaften des Lebens-, Genussmittel-, Landwirtschafts- und Tourismussektors), in welcher der OGB♦L auch aktiv mitarbeitet, hat hart gearbeitet, um sicherzustellen, dass es geeignete Gewerkschaftskandidaten für einen Posten im besagten Verwaltungsrat gibt und tatsächlich haben sich mehrere hoch qualifizierte Bewerber, die von Gewerkschaften unterstützt werden, um einen der 15 Sitze im Verwaltungsrat beworben.

Dennoch hat die Kommission keinen unserer Bewerber in die begrenzte Liste von Kandidaten für den Vorstand aufgenommen.

Wieder einmal (wie so oft) wurden die Rechte der Arbeitnehmer in Europa mit Füßen getreten, wieder einmal wurde Politik an Millionen von Arbeitnehmern vorbei gemacht und die Lobbyisten können beruhigt ihre arbeitnehmerfeindliche Politik im kleinen Kreise fortsetzen.

Der OGB♦L unterstützt die Schaffung der europäischen Lebensmittelbehörde. Unserer Meinung nach haben die jüngsten Krisen in der Lebensmittelindustrie, wie BSE, Schweinepest und Maul- und Klauenseuche vor allem deutlich gemacht, dass eine unabhängige Einrichtung und strengere Vorschriften notwendig sind. Diese Krisen haben nicht nur die Gesundheit der Verbraucher gefährdet, sondern darüber hinaus ihr Vertrauen in den Lebensmittelsektor im Allgemeinen erschüttert und so den Lebensunterhalt von zigtausend Arbeitnehmern aufs Spiel gesetzt.

Daher befürworten wir möglichst hohe Normen für Lebensmittelsicherheit, als Garant der Volksgesundheit und als Maßnahme zur Sicherung der Arbeitsplätze unserer Mitglieder.

Wir teilen die Ansicht, dass die Schaffung eines erfolgreichen Systems für Lebensmittelsicherheit in Europa die volle Einbeziehung und das rückhaltlose Engagement aller Interessengruppen in der Lebensmittelkette voraussetzt, nicht zuletzt die vielen Millionen Arbeitnehmer, die die Sicherheitsvorschriften in ihrer täglichen Arbeit konkret umsetzen.

Daher glauben wir, dass der Vorstand der europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit auch einen Experten umfassen sollte, der dank seiner/ihrer Kompetenz und Erfahrung, das Fachwissen der Arbeitnehmer in die Arbeit der Behörde einbringen kann.

Wir fordern die Mitglieder des europäischen Parlaments und des europäischen Rats nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass den Arbeitnehmern und ihren Vertretern als einem der Sozialpartner und einer der wichtigsten Interessengruppen die Möglichkeit geboten wird, zur Effizienz und zum Erfolg der Behörde beizutragen. Wir haben auch in diesem Sinne bei Minister Fernand Boden interveniert, damit er sein Gewicht beim nächsten Ministerrat geltend macht.

Unserer Auffassung nach gehört dies zu einem wirklich integrierten Ansatz auf europäischer Ebene.

*Syndikat Nahrung, Genuss, Gaststätten*

## CENTRALFOOD S.A. Mersch Renouvellement de la convention collective de travail des ouvriers

En date du 31 mai 2002, l'OGB♦L et le LCGB, les syndicats contractants dans l'entreprise, ont signé une nouvelle convention collective de travail pour le personnel ouvrier de l'entreprise CENTRALFOOD S.A.

Les négociations dures et difficiles ont permis d'aboutir avec le soutien du personnel à un nouvel accord, dont les points principaux sont les suivants :

- 1) Bon d'achat  
Allocation d'un bon d'achat unique à l'ensemble du personnel d'une valeur de 50 .
- 2) Pécule de vacances  
Maintien du pécule de vacances
- 3) Carte client  
Carte de réduction de 2% sur tous les achats
- 4) Organisation du temps de travail  
Elaboration d'un plan d'organisation du travail, afin d'éviter les heures supplémentaires
- 5) Cours de formation  
La direction offre des cours de for-

mation sur la sécurité alimentaire et l'hygiène

### 6) Congé d'ancienneté

Les ouvriers ayant une ancienneté de 15 ans : + 1 jour

Les ouvriers ayant une ancienneté de 25 ans : + 2 jours

### 7) Durée de la convention

13 mois

Il faut préciser que les négociations se situaient dans une situation économique peu favorable, marquée par toutes sortes de crises alimentaires (maladie de la vache folle, peste porcine) et que la direction de l'entreprise a de grands problèmes à se familiariser avec les normes et critères émis par la Commission européenne. Ainsi, entre autres des investissements à réaliser dans l'intérêt de la survie de l'entreprise ont été retardés systématiquement.

## Dialogue social = Mot étranger chez les responsables de LUXLAIT S.A.

En effet, les responsables de la LUXLAIT S.A. ont une interprétation très curieuse d'un dialogue social avec les syndicats.

### Les faits :

Les chauffeurs de la LUXLAIT S.A. sont soumis depuis 1995 à un système de rémunération basé sur le nombre de kilomètres parcourus et la quantité de lait transporté.

Il est évident que cette façon d'agir est tout à fait illégale. D'ailleurs, les chauffeurs ne disposent pas d'un salaire horaire fixe ni même d'un salaire mensuel brut fixe.

L'OGB♦L et le LCGB ont entrepris bon nombre de réunions et de démarches pour inciter la direction de LUXLAIT S.A. à rectifier cette procédure.

Dès lors ont eu lieu un certain nombre d'entrevues afin de trouver une solution satisfaisante pour toutes les parties concernées. Il a été convenu qu'aucune modification de contrat de travail, ni démarches unilatérales du côté de la direction ne seraient effectuées avant la conclusion d'un résultat concluant et acceptable entre partenaires sociaux.

Cependant, la direction de LUXLAIT S.A. a commencé de modifier les contrats de travail des chauffeurs concernés, malgré leur promesse envers les syndicats, de ne rien entreprendre.

Chaque chauffeur a été appelé personnellement au bureau de la direction pour la signature de son contrat et ceci sous des conditions douteuses.

Il nous semble que cette façon d'interpréter le dialogue social n'est pas sérieuse et ne facilite en aucun cas les négociations futures.

*Syndicat Alimentation et Hôtellerie*

## **Kollektivvertrag von OGB♦L und LCGB für das Personal bei Monopol-Scholer unterschrieben**

Nach längeren Verhandlungen ist der Kollektivvertrag für die Arbeiter- und die Angestelltenbelegschaft unterschrieben worden.

Unter der Federführung des OGB♦L wurde die wöchentliche Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten auf 39 Stunden verkürzt und im Gegenzug eine neue Gestaltung der Arbeitszeiten vereinbart.

Die vertragliche Wochenarbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten wird nicht verkürzt, sondern durch eine entsprechende Lohn-erhöhung kompensiert.

In Zukunft werden zusätzlich sämtliche Lohngruppen im Fall einer strukturellen Erhöhung des Mindestlohnes automatisch nach oben angepasst.

Daneben wurden die Lohngruppen an die Realität des Betriebes angepasst. Außerdem konnte eine größere Transparenz durch die Vereinfachung und die Reduzierung der Kriterien bei der Berechnung der an die Leistung gekoppelten Lohnerhöhungen erzielt werden.

Der Vertrag, der am 1. Juli 2002 in Kraft tritt, hat eine Laufdauer von 30 Monaten.

*Mitgeteilt von OGB♦L und LCGB*

## **ALZ à Rodange Renouvellement de la convention collective des ouvriers et des employés**

En date du 5 juin 2002, l'OGB♦L, majoritaire chez les ouvriers et le LCGB, majoritaire chez les employés, ont signé une nouvelle convention collective de travail pour le personnel ouvrier et les employés de l'entreprise ALZ. La convention est conclue pour une durée de deux ans et court du 1er janvier 2002 au 31 décembre 2004.

Les négociations difficiles ont permis d'aboutir, avec l'aval du personnel, à un accord dont les points principaux sont les suivants :

### Ouvriers :

- ♦ Augmentation du salaire horaire: + 0,1487 Euro à partir du 1er janvier 2002
- ♦ Introduction d'une grille de salaire à partir du 01.01.2003 avec une injection de 0,3 % dans la masse salariale brute. A cet effet, un groupe de travail paritaire sera mis en place qui décidera d'un commun accord de la structure de la grille de salaire et des modalités et critères de promotion.
- ♦ Prime individuelle: une ouverture est faite sur le versement d'une prime annuelle à compter de 2004.

### Employés :

- ♦ Congé supplémentaire: 1 jour de congé supplémentaire est accordé après 10 années de service.
  - ♦ Introduction d'une prime de fidélité: Pour l'année 2002 un montant global de 123,95 Euro, à partir de l'année 2003 à un montant global de 247,89 Euro est accordé. Ladite prime est soumise à

certaines conditions : elle sera versée à tous les employés qui ont une ancienneté de service supérieure ou égale à 6 mois. Pour les membres du personnel quittant ou rejoignant les effectifs de l'entreprise au courant de l'année, cette partie fixe est due au prorata du temps passé dans l'entreprise, après déduction des 6 premiers mois.

- ♦ Introduction d'une prime de gratification s'élevant pour l'année 2002 à un montant global de 123,95 Euro, et à partir de l'année 2003 à un montant global de 247,89 Euro. Elle sera calculée sur base de 2 critères, en l'occurrence l'ancienneté et l'absentéisme.

Elle sera calculée sur base des 2 critères ci-dessous :

### 1) L'ancienneté :

- à partir d'une année d'ancienneté, 10 % du montant global
- à partir de 2 années d'ancienneté, 20 % du montant global
- à partir de 3 années d'ancienneté, 30 % du montant global
- à partir de 4 années d'ancienneté, 40 % du montant global
- à partir de 5 années d'ancienneté, 50 % du montant global

### 2) L'absentéisme :

- 0 à 3 jours de maladie par année, 50 % du montant global
  - 4 à 6 jours de maladie par année, 40 % du montant global
  - 7 à 8 jours de maladie par année, 30 % du montant global
  - 9 à 10 jours de maladie par année, 20 % du montant global
  - 10 à 15 jours de maladie par année, 10 % du montant global
  - plus de 15 jours de maladie par année, 0 % du montant global
- ♦ Horaire mobile: une ouverture est faite sur l'amélioration du système horaire actuel.

*Syndicat Transformation sur métaux et garages*

## **DELPHI AUTOMOTIVE SYSTEMS Luxembourg S.A. : Renouvellement de la convention collective**

En date du 3 juin 2002, l'accord concernant le renouvellement de la convention collective du personnel salarié sous contrat auprès de DELPHI Automotive Systems Luxembourg, négocié par l'OGB♦L en tant que seul syndicat, a été signée.

Durée : la Convention collective en vigueur est reconduite pour une période de 2 ans, à partir 1er janvier 2002 au 31 décembre 2003, comprenant les améliorations et augmentations suivantes :

1. Augmentations salariales :

Un budget est établi pour les années 2002 et 2003 garantissant une augmentation minimale de la masse salariale de 1% des salaires de base pour l'année 2002 et 0.5% des salaires de base pour l'année 2003 à travers des augmentations sélectives basées sur la performance.

2. Congé

À partir de la cinquième année d'ancienneté, les employés ont droit à un jour de congé supplémentaire. Cette nouvelle procédure prend effet à partir de l'année 2002.

3. Horaire mobile

À partir du 1er juillet 2002 la nouvelle procédure sur l'horaire mobile entre en vigueur.

4. Meal allowances (frais de repas)

Une étude sera faite pour les villes et/ou pays suivants : Varsovie (Pologne), Barcelone (Espagne), Lisbonne (Portugal), Paris, Munich (Allemagne), Vienne (Autriche), en vue d'adapter les frais de repas actuellement en vigueur, alloués lors d'un déplacement pour des raisons liées au travail.

*Syndicat Services et Energie*

**LUXCONTROL S.A. ;  
LUXCONTROL ASBL ;  
ECCEM ASBL ;  
Renouvellement de la  
convention collective**

En date du 6 juin 2002, l'accord concernant le renouvellement de la convention collective du personnel salarié sous contrat de LUXCONTROL S.A., LUXCONTROL ASBL et ECCEM ASBL, négocié et signé par l'OGB•L en tant que syndicat majoritaire et le LCGB, apporte les améliorations et augmentations suivantes :

Durée : la convention collective initiale ainsi que les avenants successifs ont été signés pour une durée de trois ans, à partir du 1er janvier 2002 au 31 décembre 2004.

Augmentations salariales :

1. à partir du 1.1.2002 : tous les salaires individuels seront augmentés de 1.7%

2. à partir du 1.1.2003 : tous les salaires individuels seront augmentés de 1.5%
3. à partir du 1.1.2004 : tous les salaires individuels seront augmentés de 1.0%

Nuitées :

Une indemnité de 25.- est allouée pour les nuits passées en dehors du lieu de résidence lors d'un déplacement.

Astreinte :

La prime forfaitaire allouée en cas d'astreinte actuellement en vigueur sera augmentée de 50 %.

Avenant I :

Révision de la formule de calcul de la participation au bénéfice.

Avenant II :

Il a été décidé d'entamer une analyse des classifications actuelles à travers une commission paritaire composée de membres des parties contractantes dans le but de procéder éventuellement à une reclassification.

*Syndicat Services et Energie*

**UTOPIA S.A.**

**Première convention collective de travail signée par l'OGB•L**

La société UTOPIA S.A. occupe aujourd'hui plus de 120 salariés sur le territoire du Grand-Duché de Luxembourg et assure l'exploitation de 18 salles de cinéma sur les sites Utopolis (10 salles), Utopia (5 salles), Cinécité (2 salles) et Ariston (1 salle). L'expansion au niveau national se fera probablement sur le site Arbed Esch/Belval. Sur le plan international, un nouveau complexe a ouvert ses portes à Longwy (F). En Belgique va se créer prochainement le complexe de Turnhout qui s'ajoute aux sites déjà en place, de Malines, Aarschot et Lommel.

C'est en 2000 que le syndicat OGB•L a demandé d'entrer en négociation pour élaborer une convention collective pour le personnel. La direction a donné son accord pour entamer les discussions.

Faut-il rappeler que c'est l'OGB•L qui est, depuis 1999, le seul syndicat représenté au niveau de la délégation du personnel ? Une première étape de cette initiative a été un accord sur l'organisation du temps de travail

signé en octobre 2000. Accord important, vu la spécificité dans ce secteur purement "loisir" au niveau des heures d'ouverture journalières, la contrainte d'être ouvert au public 7 jours sur 7 et ce durant toute l'année.

Étant donné que les conditions de travail et de rémunération étaient accessoirement ou partiellement fixées dans un règlement interne, il était donc indispensable d'élaborer une convention collective de travail.

C'est en date du 31 mai 2002, après plus d'un an et demi de négociations, qu'une première convention collective de travail a été signée entre la société UTOPIA S.A. représenté par Monsieur Nico Simon et l'OGB•L.

Cette convention règle les conditions de travail et de rémunération et tient compte des spécificités à l'exercice des fonctions dans le domaine de l'exploitation cinématographique. Des améliorations importantes ont pu être négociées, notamment sur les points suivants :

- ♦ élaboration de barèmes de salaire qui a amené une évolution au niveau des carrières.
- ♦ une prime de fin d'année a été accordée.
- ♦ des indemnités de départ extralégales seront payées
- ♦ 3 jours de congés supplémentaires basés sur l'ancienneté sont accordés.

Cette convention a été signée pour une durée de 2 ans.

Il reste à souligner que les négociations se sont déroulées dans un climat de partenariat social constructif et les partenaires sociaux vont demander que cette convention collective soit déclarée d'obligation générale dans le secteur de l'exploitation cinématographique.

*Syndicat Services*



## OGB♦L GOOD YEAR

Depuis le 1er janvier 2002 une nouvelle équipe a repris le travail au bureau de la délégation principale à la Tire Plant. Après le départ en préretraite de Fernand Hansen, les délégués effectifs de l'OGB♦L ont choisi Jean Claude Delleré pour prendre la relève pour le poste du président. Horácio Barroso quant à lui revêt le poste de secrétaire de la délégation principale.

## SOLUDEC SA.

### La convention collective des employés ne sera pas signée

Alors que les partenaires sociaux avaient convenu ensemble d'un accord à adopter après la rédaction du texte, la direction de Soludec a essayé en dernière minute d'y introduire des dispositions défavorables aux salariés.

Face à l'attitude intransigeante de la direction de Soludec n'acceptant à ce stade plus aucune discussion sérieuse, les syndicats signataires de la CCT ont dû prendre acte que l'accord ne sera pas signé comme prévu aujourd'hui à 11.30 heures. Ce revirement de la direction est d'autant plus regrettable que les négociations se sont déroulées dans un climat de confiance et de partenariat.

L'OGB♦L est intervenu une dernière fois auprès de la direction, l'invitant à revoir sa position et à reprendre les négociations sur les points litigieux. Dans le cas contraire, les syndicats se verront contraints de transmettre le dossier à l'Office National de Conciliation.

*Syndicat Bâtiment et Artisanat*

## Für einen Rahmentarifvertrag im Baugewerbe

Alle bestehenden Einzeltarifverträge im Baugewerbe laufen Ende 2002 ab und müssen daher neu verhandelt werden. Seit Jahresanfang haben sich die Gewerkschaften bereits mehrmals getroffen, um die Verhandlungen über die verschiedenen Tarifverträge im Baugewerbe vorzubereiten. Am letzten Mittwoch trafen sich die zuständigen Sekretäre vom OGB♦L Syndikat Bau, Bauhandwerk und Metallkonstruktion mit den Verantwortlichen der LCGB Fédération Bâtiment et Artisanat, um über eine gemeinsame Vorgehensweise bei den anstehenden Neuverhandlungen zu beraten.

Bei dieser Gelegenheit haben sich OGB♦L und LCGB darauf geeinigt, einen Rahmentarifvertrag für die gesamte Baubranche zu fordern. Es ist in der Tat so, dass ganze Berufsgruppen bisher in den vielen Einzeltarifverträgen ausgeklammert waren. Auch ist es oft schwierig, sich in dem bestehenden Durcheinander von Einzeltarifverträgen zurecht zu finden und die einzelnen Berufsgruppen eindeutig dem jeweiligen Tarifvertrag zuzuordnen. Ein einziger Tarifvertrag, der für alle im Bau Beschäftigten Gültigkeit hat und gleiche Rechte für alle schafft, ist daher nur eine logische und berechtigte Forderung. Die beiden Gewerkschaften OGB♦L und LCGB werden daher ab sofort eine Mobilisierungs- und Aufklärungskampagne bei ihren jeweiligen Mitgliedern sowie im Bausektor im allgemeinen starten und eine öffentliche Diskussion über die Schaffung eines Rahmentarifvertrages für die Baubranche führen.

Weiterhin wurde bei diesem Treffen zwischen den beiden Gewerkschaften beschlossen, an die einzelnen Arbeitgeberverbände heranzutreten, um mit diesen erste Diskussionen über die Einführung eines Rahmentarifvertrages zu führen, sowie gleichzeitig beim zuständigen Arbeitsminister zu intervenieren, um den gesetzlichen Rahmen zu diesem Projekt zu umreißen.

*Mitgeteilt von OGB♦L und LCGB*

## Kronospan ; mandat d'arrêt ! Et l'avenir ?

Un mandat d'arrêt a été décerné en Allemagne contre Monsieur Peter Kaindl. Ce dernier est soupçonné de fraude fiscale à hauteur de 25 millions d'euro.

Monsieur Kaindl n'est pas un inconnu dans la région, dans la mesure où il dirige une partie de ses entreprises européennes au départ de la holding luxembourgeoise Kronospan Ltd. Les diverses entreprises de la famille Kaindl emploient plusieurs milliers de travailleurs à travers toute l'Europe. L'usine Kronospan de Sanem occupe quant à elle plus de 320 travailleurs.

Dès que nous avons appris la nouvelle, nous avons adressé un courrier à la direction locale afin de convoquer dans les plus brefs délais une réunion extraordinaire du comité mixte et de la délégation du personnel ouvrier en vue de discuter des éventuelles répercussions directes et indirectes que pourrait avoir l'inculpation de monsieur Kaindl sur l'usine Kronospan située à Sanem.

Une réunion extraordinaire a eu lieu le 14 juin en présence des responsables du site luxembourgeois. La direction nous a expliqué que d'après elle (mais pourrait-elle décevoir), il n'y a pas de craintes à avoir pour le site de Sanem et les travailleurs qui y sont occupés. Toujours d'après la direction locale il s'agirait dans ce cas précis d'une divergence de vue entre les autorités allemandes et l'entreprise.

En effet, depuis plusieurs années les usines allemandes paient des indemnités pour l'utilisation de brevets enregistrés au nom de Kronospan. Ces indemnités sont versées à une société qui a son siège à ... Chypre.

Toujours d'après la direction, le fisc allemand aurait récemment changé son fusil d'épaule et ne reconnaît plus le versement de ces indemnités comme paiement de brevets, mais les considère sans nul doute comme une subtilité d'ingénierie fiscale permettant de façon artificielle de contourner ou de diminuer une imposition fiscale.

La direction précise également que l'usine luxembourgeoise n'est pas concernée par ces pratiques et que stratégiquement cette dernière est dirigée par sa maison-mère située en Grande Bretagne. Dont acte.

Parallèlement à notre courrier démarche vis à vis de la direction locale nous avons

également contacté la CES (Confédération Européenne des Syndicats) afin d'établir le cas échéant une stratégie commune avec nos collègues autrichiens et allemands. Cette stratégie devra sans nul doute passer, dans un premier temps, par la constitution d'un réseau d'information informel et dans un deuxième temps par la mise en place d'un Comité d'Entreprise Européen.

*Syndicat Chimie*

## **Privatisierung : Hat der Ausverkauf begonnen?**

Am 27. Mai wurde den Mitgliedern der Interfraktionellen (LSAP-Déi Lénk-Déi Gréng) der Zwischenbericht "Umstrukturierung und strategische Ausrichtung der Stadtwerke Esch/Alzette im liberalisierten Strommarkt" des Beratungsbüros BET (Büro für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH) vorgelegt. Dieser Bericht, der am 24. April 2002 fertiggestellt wurde, wurde am 5. Juni 2002 ebenfalls im Gemeinderat vorgestellt werden, ohne dass dieser jedoch eine endgültige Entscheidung getroffen hat. Die BET-Berater schlagen der Stadt Esch/Alzette hinsichtlich der Umstrukturierung der Stadtwerke folgende Schritte vor :

- Herbeiführung eines Grundsatzbeschlusses zur Ausgründung der Stromsparte der Stadtwerke in eine privatrechtliche Gesellschaft (SA oder sàrl) ;
- Klärung der Einbeziehung der anderen Sparten in die auszugründende Gesellschaft ; gegebenenfalls ist hier auch ein stufenweises Vorgehen sinnvoll ;
- Genauere Klärung der Voraussetzungen für die Ausgründung im Rahmen von Verhandlungen mit den zuständigen luxemburgischen Behörden ;
- Wahl der Rechtsform (SA oder sàrl.) und Erarbeitung der Satzung. Hierbei ist besonderes Augenmerk auf die Gestaltung des Einflusses der Gemeinde auf das Stadtwerk zu legen ;
- Klärung und Optimierung der steuerlichen Gestaltung der Ausgliederung der Stadtwerke ;
- Aufstellung der Eröffnungsbilanz mit Festlegung der Kapitalausstattung und gegebenenfalls Verfeinerung der im Rahmen dieser Studie vorgenommenen Anlagenbewertung ;
- Untersuchung der Gestaltungsmöglichkeiten beziehungsweise der Rechtsstellung des Personals : Übergang auf die neue Gesellschaft oder Verbleib bei der

Gemeinde in Verbindung mit einer Personalgestaltung an die Stadtwerkegesellschaft oder sonstige Lösungen.

Der OGB♦L stellt folgendes prinzipiell fest :

- Es ist erstaunlich mit welchem Engagement und Nachdruck der Schöffenrat die Privatisierung der städtischen Industriebetriebe vorantreibt. Obwohl kein akuter Handlungsbedarf besteht, wird hier versucht, vollendete Tatsachen zu schaffen, ohne dass eine prinzipielle Diskussion auf breiter Basis überhaupt möglich war.
- Der OGB♦L wehrt sich gegen eine offene, respektive schleichende Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Komisch, dass ausgerechnet Parteien, die sich nach eigenem Selbstverständnis zum linken Flügel des politischen Spektrums zählen, nun auf einen kurzen Pfiff aus EU-Brüssel Männchen machen und schneller als der wildeste Neoliberale die Direktiven von einigen unterbelichteten Eurokraten umsetzen wollen.
- Der OGB♦L wird sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für die Rechte der Belegschaft der Stadtwerke einsetzen. Er wird eine Abänderung des Statuts unter keinen Umständen mittragen. Auch innerbetriebliche Versetzungen ohne Zustimmung der Betroffenen darf es nicht geben. Der OGB♦L verlangt eine schriftliche Zusage seitens des Schöffenrates, dass das Statut der Beamten und der Kollektivvertrag der Arbeiter der städtischen Industriebetriebe nicht angetastet werden.

*Die OGB♦L-Beamtengruppe  
der Stadt Esch/Alzette*

## **SERVIOR Personal wartet seit über 2 Jahren auf die Wahlen einer Personalvertretung**

Die Privatbeamten und Arbeiter der 16 Alters- und Pflegeheime, die durch SERVIOR-Etablissement Public verwaltet werden, warten seit über zwei Jahren auf die ersten Delegationswahlen. Es ist unzumutbar, dass dem Personal das gesetzliche Recht

auf eine Vertretung vorenthalten wird und die Wahlen immer wieder hinausgezögert werden. Nach verschiedenen Unterredungen mit den Verantwortlichen von SERVIOR ergriff der OGB♦L am 16. April 2002 die Initiative und forderte sowohl beim Arbeitsminister als auch bei der Arbeitsinspektion die Einhaltung des Delegationsgesetzes und somit die kurzfristige Durchführung der Wahlen bei SERVIOR.

Bis heute liegt dem OGB♦L außer einem "Accusé de réception" vom 25. April 2002 seitens des Arbeitsministeriums noch immer keine Antwort, geschweige denn ein Datum für die Delegationswahlen, vor. Damit die Privatbeamten und Arbeiter endlich ihre gesetzlichen Rechte zuerkannt bekommen und eine Personalvertretung sich endlich der bei SERVIOR bestehenden Probleme annehmen kann, fordert der OGB♦L ein sofortiges Ende der über Monate andauernden Verzögerungstaktik. Die gesetzliche Prozedur betreffend die Delegationswahlen muss sofort bei SERVIOR eingeleitet werden und der Wahltermin muss sofort bekannt gegeben werden.

*Syndikat Gesundheit und Sozialwesen*

# Syndicat Bâtiment et Artisanat du Bâtiment

## CONGE COLLECTIF d'ETE 2002 et d'HIVER 2002/2003

---

### OUVRIERS DU BÂTIMENT

Le congé collectif pour les ouvriers du bâtiment débutera le dernier vendredi de juillet pour une durée de 15 jours ouvrables. Le congé d'hiver de 10 jours ouvrables commence en même temps que les vacances scolaires. Pour 2002, les dates suivantes sont applicables:

#### Congé collectif d'été

du vendredi 26 juillet 2002 au dimanche 18 août 2002 inclus.  
(15 jours de congé plus le jour férié du 15 août 2002)

#### Congé collectif d'hiver

du samedi 21 décembre 2002 au mercredi 8 janvier 2003 inclus.  
(10 jours de congé plus les deux jours de Noël et le jour de Nouvel An)

Veillez également noter que pour les employés non soumis à la convention collective, leur congé est régi par la loi modifiée du 22 avril 1966.

### PLAFONNEURS & FAÇADIERS

Le congé collectif d'été pour les plafonneurs, plâtriers & façadiers commence chaque année le dernier vendredi du mois de juillet pendant 3 semaines (14 jours ouvrables plus le jour férié du 15 août). Les dates pour 2002 vont du vendredi 26 juillet 2002 au 15 août 2002.

### POUR RAPPEL, LISTE DES JOURS FERIES POUR L'ANNEE 2002

**Lundi 1er avril 2002**

**Mercredi 1er mai 2002**

**Jedi 9 mai 2002**

Suivant la convention collective, le vendredi suivant l'Ascension sera chômé. La récupération des heures non travaillées se fera en travaillant le samedi précédent.

**Lundi 20 mai 2002**

**Dimanche 23 juin 2002**

(Loi du 12 février 1999) « Si un jour férié tombe sur un dimanche, il sera remplacé par un jour férié de rechange à prendre individuellement par chaque salarié endéans un délai de trois mois à partir de la date du jour férié ayant dû être remplacé. »

La direction peut cependant, en accord avec la délégation ou en absence de délégation, avec l'accord de la majorité des ouvriers concernés, utiliser ce jour férié pour couvrir un pont à un autre moment de l'année. Dans ce cas il y aura un accord écrit entre direction et délégation avant le 1er avril 2002 sur lequel les ouvriers doivent être informés et entendus préalablement.

**Jedi 15 août 2002**

**Vendredi 1er novembre 2002**

**Lundi de Pâques**

**Fête du travail**

**Ascension**

**Lundi de Pentecôte**

**Fête Nationale**

**Assomption**

**Toussaint**

## Immigrés Contre le démontage social

L'Assemblée générale annuelle du Département des Immigrés de l'OGB•L a eu lieu le samedi, 1er juin 2002, dans les locaux du Centre de Formation de la Chambre de travail, à Remich.

Ont participé à cette réunion 37 délégués, en représentation de 6 Comités Régionaux (Nord, Centre, Sud, Duderange, Differdange-Rodange, Esch/Rumelange et Moselle-Sûre).

Le Département s'est prononcé en faveur de la création d'un congé de formation linguistique pendant les heures de travail pour promouvoir l'apprentissage de la langue luxembourgeoise et a manifesté une forte opposition à toute tentative de mettre en cause les conventions médicales de la sécurité sociale. Le département s'oppose à toute forme de déregulation sociale.

La loi sur la durée du travail dans le secteur Horeca, l'accès à la nationalité et la double nationalité, le droit à la retraite des ex-militaires portugais, la réforme de la loi électorale pour les élections communales et européennes, le nouveau projet de loi sur l'invalidité et la réinsertion professionnelle ont été d'autres sujets forts de cette assemblée.



L'assemblée a procédé à l'élection du Comité exécutif pour la période 2002/2004 dont la composition est la suivante:

Président :	Ademar RODRIGUES
1er Vice-Président :	Joaquim FARIA DA COSTA
2ème Vice-Président :	Jorge MENDES COSTA
Secrétaire :	Eduardo DIAS
Secrétaire Adjoint :	Adolfo DE MATTEIS
Trésorier :	Christian PLAWNY

Réviseurs de caisse : Isabel VARELA et Alessandro TESTI

## MILITARES Contra a discriminação a nossa luta deve continuar

O nosso movimento defende todos os **ex-militares residentes no Luxemburgo** e não apenas os **ex-combatentes da guerra colonial**. Para nós é importante defender todos aqueles que prestaram um serviço à pátria portuguesa.

Nós defendemos todos os ex-militares, quer tenham estado ou não nas ex-colónias, quer tenham estado ou não em zonas de combate ou de risco, quer os que fizeram o serviço militar unicamente em Portugal e, também, **os actuais jovens militares cujo tempo de serviço não está a ser contado para efeitos de segurança social**, mas que continuam a estar sujeitos às obrigações militares.

Foi nesta base e com o objectivo de fazer com que todos os militares e ex-militares sejam tratados com igualdade e sem discriminações que temos desenvolvido contactos em Portugal com representantes do Governo, dos partidos políticos e dos sindicatos.

Reunimos no Luxemburgo com a Comissão de França e falámos com o deputado Garlos Gonçalves, com Marcelo Rebelo de Sousa que lembrou na sua crónica da TVI a razão e o mérito da nossa luta.

No dia 2 de Junho, em Paris, Eduardo Dias participou numa reunião onde estiveram mais de 350 ex-militares e, também os deputados, Carlos Luis do PS e Carlos Gonçalves do PSD.

Duma forma veemente foi denunciada a atitude dos sucessivos governos portugueses que querem esquecer os militares que tantos sacrifícios passaram e que tanto deram ao país.

No dia 8 de Junho, Manuel Gomes da Silva esteve em Paris para participar em accões de sensibilização e de denúncia desta imensa injustiça.

Encontrou-se na Embaixada de Paris, com o Conselheiro do Presidente da República, esteve presente na concentração frente ao Hôtel de Ville e a RTPi acabou por falar do assunto.

O tempo passa e os políticos fazem pouco. A Lei 9/2002 não é para todos. **Mas quem já está abrangido, não se esqueça que deve apresentar o requerimento até 31 de Outubro. Não deixe para o último dia, o que pode fazer já!**

Pedimos entrevistas a vários membros do governo. Dentro em breve vamos ser recebidos pelo novo Secretário de Estado das Comunidades, José Cesário e, também, teremos um encontro com deputado, Carlos Luís, do PS.

Nós queremos a contagem de todo o tempo de serviço militar e não apenas aquele que a lei concede aos que eram filiados na segurança social portuguesa. **Somos todos portugueses, não podem ser uns tratados como filhos e os outros como enteados!**

Temos que continuar a agir e a estar unidos para defender os nossos direitos.

Não nos vamos calar. Vamos lutar até que justiça seja feita a todos os ex-militares.

**Contagem do tempo de Serviço Militar para todos!**

*Eduardo Dias*

## Radio Norte

RADIO INTERCULTURAL

103.9 FM

às Quartas-feiras  
entre as 19H15 e as 20H00

"ASSIM É QUE NÓS NOS ENTENDEMOS "

António Ferreira em conversa com EDUARDO DIAS

Para informar e esclarecer os ouvintes  
sobre as leis sociais e do trabalho

Próximas emissões: 10 de Julho  
As férias aproximam-se, boas férias !  
Voltamos em 11 e 25 de Setembro  
Se quer participar, telefone (80 45 15 ou 80 45 16)  
ou escreva-nos!



ouça a  
todas as 3as Feiras  
entre as 19H00 e as 20H00  
Programa "OS VOSSOS DIREITOS"

**EDUARDO DIAS**  
esclarece e responde às questões dos ouvintes  
sobre as leis sociais e do trabalho

Pode colocar as suas questões através do telefone 54 94 18  
ou escreva para **Radio Amizade**  
Programa "Os Vossos Direitos"  
45, rue du Canal L-4050 ESCH/ALZETTE

## "O Mundo do Trabalho"

TODOS OS SABADOS  
entre as 9h30 e as 10h00

na **RADIO LATINA**

101.2 e 103.1 FM

Um programa da OGB♦L  
para todos os trabalhadores  
com o melhor da Música

Para estar bem informado sobre as realidades económicas  
e sociais do Luxemburgo e da Europa

**OUÇA AS NOSSAS EMISSÕES**  
**FAÇA AS SUAS SUGESTÕES OU CRITICAS**  
**LIGUE PARA O TELEFONE 1363**

# Paramètres sociaux

Nouveaux paramètres sociaux valables à compter du 1er juin 2002 (Indice 605,61)

1) MINIMA ET MAXIMA COTISABLES			e
Salaire social minimum mensuel (SSM)		salaire horaire	1 322,47
Minimum cotisable actifs (tous les régimes)		en Euro	
à partir de 18 ans accomplis non qualifié	100%	7,6443	1 322,47
de 17 à 18 ans	80%	6,1155	1 057,98
de 15 à 17 ans	75%	5,7333	991,85
à partir de 18 ans accomplis qualifié	120%		1 586,96
Minimum cotisable pensionnés (assurance maladie)	130%		1 719,21
Maximum cotisable (tous les régimes)			6 612,35

2) ASSURANCE PENSION (facteur d'ajustement : 1,257)		e
Pension minimum personnelle		1 135,80
Pension minimum de conjoint survivant		921,26
Pension minimum d'orphelin		307,09
Pension personnelle maximum		5 258,32
Seuil inférieur anti-cumul pension + revenu		1 514,40
Seuil inférieur anti-cumul conjoint survivant		1 893,00
Revenu professionnel immunisé		841,33

3) PRESTATIONS FAMILIALES		e
<b>A - Allocations familiales</b>		
1 enfant		172,36
2 enfants		409,28
3 enfants		745,44
4 enfants		1 081,36
5 enfants		1 417,45
Majoration d'âge par enfant âgé de 6 à 11 ans		15,02
Majoration d'âge par enfant âgé de 12 ans et plus		45,06
Allocation spéciale supplémentaire		172,36
<b>B - Allocation d'éducation</b>	Montant plein 100%	450,39
	Montant réduit à 50%	225,17
Revenu professionnel pris en compte en cas d'activité des deux parents:		
	1 enfant à charge	3 967,41
	2 enfants à charge	5 289,88
	> 2 enfants à charge	6 612,35 .../...

# Pararmeter 2002

<b>3) PRESTATIONS FAMILIALES (suite)</b>		e
<b>C - Allocation de rentrée scolaire</b> par enfant âgé de 6 à 11 ans		
- 1 enfant		105,07
- groupe de 2 enfants		180,17
- groupe de 3 enfants et plus		255,20
Allocation de rentrée scolaire par enfant âgé de 12 ans et plus		
- 1 enfant		150,13
- groupe de 2 enfants		225,17
- groupe de 3 enfants et plus		300,26
<b>D - Allocation de naissance</b> - 3 tranches	montant par tranche	538,63
<b>E - Allocation de maternité</b> - max. 16 semaines	montant par semaine	180,17
<b>F - Congé parental</b> - indemnité forfaitaire mensuelle		
- congé à plein temps		1 651,38
- congé à temps partiel		825,69

<b>4) REVENU MINIMUM GARANTI (RMG) ET AUTRES PRESTATIONS MIXTES</b>		e
(versés sous conditions de ressources)		
Montant par mois	- 1re personne adulte	942,03
	- communauté domestique de 2 personnes adultes	1 413,01
	- personne adulte supplémentaire	269,50
	- enfant	85,69
	- majoration pour impotence	540,45
Allocation pour personnes gravement handicapées		540,45
Allocation de soins		540,45

<b>4) ASSURANCE DEPENDANCE</b>		e
Valeur monétaire pour les établissements d'aides et de soins	par heure	34,50
Valeur monétaire pour les réseaux d'aides et de soins	par heure	45,30
Montant maximal des prestations en espèces	par semaine	237,83
Produits nécessaires aux aides et soins	par mois	45,06
Abattement assiette cotisable - 25% SSM non qualifié de 18 ans		330,62

# Chiennne de Vie



## ” LA PETITE PHRASE ”

Lors d'un cycle de conférences organisées dans le cadre d'une vaste campagne de réflexion ayant pour thème les enjeux des migrations, Monsieur le Premier ministre, Jean-Claude Juncker a dit, il y a quelques semaines, au sujet des travailleurs frontaliers et je cite :

“Des cours de luxembourgeois au sein de l'entreprise ? C'est l'endroit idéal pour toucher les travailleurs frontaliers. Les frontaliers posent plus de questions pour la nation luxembourgeoise que les résidents étrangers. Ils n'entretiennent pas de relation sentimentale avec le Luxembourg, car pour eux, c'est leur entreprise qui leur fournit leur travail, pas le pays. En effet, peu de frontaliers s'investissent dans la vie politique ou sociale du Grand-Duché. Ils ne participent donc pas aux décisions qui les concerneront un jour ou l'autre de par leur travail. De plus, les frontaliers importent leurs traditions syndicales, qui sont parfois très différentes des nôtres. Ici, au Luxembourg, on recherche plutôt une solution de consensus. Même si, parfois, ça ne résout rien du tout... C'est la paix sociale du pays qui en dépend”.

Je pense tout de même qu'il faut être “culotté” pour colporter de telles affirmations.

Je tiens à signaler à Monsieur Juncker que plus de 14.500 travailleurs frontaliers, (belges, allemands, français), sont syndiqués à l'OGB♦L, ce qui démontre incontestablement un intérêt certain de ces travailleurs à participer aux décisions qui les concerneront un jour ou l'autre de par leur travail.

Je tiens à rappeler également, que ces frontaliers participent activement au sein de l'OGB♦L à la défense de leurs droits. La section des frontaliers français de l'OGB♦L œuvre depuis 1972 dans l'intérêt des travailleurs frontaliers au Luxembourg avec des permanences tous les après-midi de la semaine, à Volmerange-Les-Mines, à Thionville et Audun-Le-Tiche.

L'OGB♦L, par l'intermédiaire de cette section est également affilié à la coordination nationale des frontaliers de France.

Cette solidarité entre travailleurs frontaliers a permis de faire évoluer positivement de nombreuses revendications en France, comme la délivrance de la carte de sécurité sociale et de la carte vitale, l'abolition de la CSG et de la CRDS, l'abolition de l'abattement de 22 % sur la retraite complémentaire où les frontaliers peuvent désormais bénéficier de leur retraite à taux plein, même s'ils terminent leur carrière professionnelle au Luxembourg. Du côté luxembourgeois, grâce à l'OGB♦L, les frontaliers ont obtenu l'égalité de traitement en matière d'imposition depuis 1998, l'exportabilité des prestations de l'assurance dépendance. L'OGB♦L a également manifesté son mécontentement devant la caisse nationale des prestations familiales concernant le problème de la différentielle pour les frontaliers.

Comment pouvez-vous affirmer, Monsieur le Premier ministre, que les frontaliers ne s'investissent pas dans la vie politique et sociale du Luxembourg ?

Pour ce qui est des traditions syndicales différentes, même s'il y a eu ou s'il y a encore parfois des divergences de vue sur la façon de mener “un combat syndical”, cela n'a pas empêché les frontaliers et l'OGB♦L de travailler ensemble dans l'intérêt du syndicalisme, dans l'intérêt de la défense des droits de cette catégorie de travailleurs, dans l'intérêt de la construction de l'Europe sociale.

Par contre, moi je tiens à vous faire remarquer Monsieur Juncker, cette situation paradoxale, qui veut que, d'un côté vous reprochez aux frontaliers leur manque d'intérêt pour la politique et le social au Luxembourg, (ce qui est archi faux), alors que vous refusez le droit au congé politique à ces mêmes frontaliers qui voudraient également pouvoir participer à la vie politique dans leur pays.

A bon entendeur, salutations distinguées.

Philippe Manenti





**John Castegnaro**  
Président

## L'OGB•L : inlassable

Depuis des semaines, une certaine agitation - justifiée ou non - est perceptible dans de nombreux milieux. Les différends qui opposent régulièrement les partis politiques sèment le trouble et le doute parmi les citoyens et entament leur enthousiasme pour l'action politique. Cette lassitude politique explique d'ailleurs les résultats des récentes élections en France, ainsi que le taux record de 40% d'abstentions chez les électeurs. Ou'en serait-il au Luxembourg sans l'obligation de vote ? Celle-ci ne doit toutefois pas servir d'excuse aux hommes politiques pour se soustraire à leurs responsabilités. Le citoyen et le peuple doivent en toute circonstance être pris au sérieux. Malheureusement, les débats sur les questions essentielles pour le pays et son avenir ne sont pas toujours d'un très haut niveau, comme p. ex. lors des discussions sur la participation à la "Table ronde sur l'avenir" et le combat d'arrière-garde pour la réforme des pensions. Que le Premier Ministre parle dans ce contexte de "différends idiots entre partis" donne à réfléchir. Mais, soyons honnêtes, les syndicats eux non plus ne montrent pas toujours le bon exemple avec leurs règlements de comptes mutuels.

## Structure Arcelor commune

Exemple positif par contre - et donc à retenir et à imiter - que la structure commune créée par l'OGB•L et le LCGB-SESM sous forme d'association sans but lucratif (asbl). Cette association doit permettre la représentation et la défense communes et solidaires des intérêts des travailleurs de l'industrie sidérurgique. Et se base sur une constatation : avec la création du géant de l'acier Arcelor, le site sidérurgique Luxembourg a acquis une nouvelle dimension. Les défis qui en découlent pour le pays, pour le personnel de l'industrie sidérurgique et les milliers de travailleurs des entreprises du groupe Arcelor implantées ici, seront de taille.

Il n'y a pas de place pour la concurrence et les luttes syndicales intestines. La situation

exige tout au contraire que nous fassions preuve d'un grand sens de la responsabilité envers les travailleurs et leurs familles. Les syndicats du secteur sidérurgique sont unanimes sur ce point et montrent clairement l'exemple à une époque marquée par la mondialisation et les tentatives continues de démantèlement des acquis sociaux. Les grèves générales en Italie et en Espagne en sont la preuve éclatante.

## Stop à la démagogie

En totale contradiction avec la structure syndicale unitaire dans l'industrie sidérurgique, le comportement de certains hauts fonctionnaires du LCGB face à l'OGB•L et aux autres syndicats. Quel exemple négatif ! La critique déplacée et le comportement anti-collégial de certains responsables du syndicat chrétien envers notre organisation doivent cesser. Egalement parce que la collaboration s'impose aujourd'hui dans des domaines importants et stratégiques. S'il existe, en toute chose, des limites à ne pas franchir, celles qu'il convenait de respecter ici ont été dépassées il y a plusieurs semaines déjà. La responsabilité en incombe très clairement au LCGB, également coupable de la perte de crédibilité des syndicats. La nécessité d'action est telle qu'il n'y a ni temps ni place pour ce genre de comportement injurieux, offensant et anti-collégial. L'OGB•L ne se laissera pas entraîner à des comportements aussi bas, mais continuera comme par le passé à défendre avec ardeur et efficacité les intérêts des travailleurs.

## Social : une matière explosive !

Les bonnes nouvelles sont l'adoption de la loi sur les pensions et le vote prochain au Parlement de la nouvelle loi sur l'invalidité. L'indexation intervenue au 1er juin prouve, d'une part, que notre lutte pour la défense de cet instrument essentiel continue de porter ses fruits et, d'autre part, que l'augmentation des prix et donc la perte du pouvoir d'achat ont progressé.

"Euro = Teuro" (euro = chérot) : ce slogan de l'OGB•L, qui a mis en effervescence bien des milieux, sans que personne à ce

jour n'ait pu nous apporter la preuve du contraire, va déclencher un contrôle renforcé des prix. L'OGB•L n'a voulu ni leur-rer ni illusionner, mais simplement souligner l'essentiel, à savoir le sentiment des consommateurs et les répercussions de l'euro sur leurs porte-monnaie.

Les dossiers sociaux "explosifs" se rencontrent dans bon nombre d'entreprises et de secteurs. L'action isolée de l'Aleba en ce qui concerne la convention collective dans le secteur bancaire n'est ni plus ni moins qu'un coup de poignard dans le dos de l'OGB•L et du LCGB et, pire encore, dans le dos de la très grande majorité des employés de banques.

Les problèmes économiques et les incertitudes face à l'avenir touchent de nombreuses autres entreprises, en particulier celles confrontées à des processus de restructuration ou de délocalisation. Le dossier Krawlowetz et la tentative de la commission d'enquête parlementaire visant à clarifier ce volet de la politique des niches comptent au nombre des revendications exprimées dès janvier 2002 par l'OGB•L ; il s'en félicite aujourd'hui clairement. Sous l'impulsion de l'OGB•L, les discussions et les négociations avec les sociétés d'armement ont repris depuis quelques semaines avec l'espoir de trouver enfin une solution au problème des "pavillons de complaisance".

Si le Premier ministre décidait finalement d'instaurer le "Conseil des Sages" que l'OGB•L ne cesse de réclamer depuis 1994, afin d'organiser les débats sur l'avenir du Luxembourg - essentiels à notre pays - cette initiative mettrait dans le même temps un terme aux conflits stériles qui opposent les partis de la majorité.

L'OGB•L continuera en tout cas à s'engager sans relâche sur tous les fronts et ne cessera de placer au cœur de son action les nombreuses questions et problèmes encore en suspens.



Jean-Claude Reding  
Secrétaire général

## **Augmenter le salaire minimum !**

Un ajustement des pensions est prévu pour début 2003. A ce moment, il faudra également décider d'adapter ou non le salaire minimum. Normalement, le salaire minimum, tout comme les pensions, suit l'évolution générale des salaires. Certes, cette adaptation à l'évolution générale des salaires est un principe incontournable pour l'OGB♦L. Mais ce que nous réclamons aujourd'hui haut et fort, c'est une augmentation du salaire minimum qui aille plus loin qu'une simple adaptation à l'évolution générale des salaires.

Dans le cadre de son offensive pour une répartition équitable des richesses produites, l'OGB♦L a obtenu que les pensions bénéficient d'améliorations structurelles, diverses prestations sociales ont été améliorées – comme par exemple les allocations familiales –, et la détérioration des prestations des caisses de maladie a pu être stoppée.

En matière de politique salariale, les conventions collectives ont elles aussi permis de réaliser des avancées régulières, même si les évolutions diffèrent en fonction des entreprises ou des secteurs.

Mais tous les travailleurs ne bénéficient pas de conditions salariales définies par conventions collectives.

Dans de nombreux secteurs de l'économie, comme le commerce, l'hôtellerie ou la restauration, les employeurs refusent de conclure des conventions collectives. C'est précisément dans ces secteurs que de nombreuses personnes – des femmes pour la plupart – perçoivent le salaire minimum pour leur travail. Et le fait que le salaire minimum luxembourgeois soit le plus élevé d'Europe ne les aide en rien. Car tout est beaucoup plus cher au Luxembourg que dans les autres pays. Payez, par exemple, avec un salaire minimum, les loyers exorbitants pratiqués à Luxembourg, et il ne vous reste plus grand-chose pour vivre.

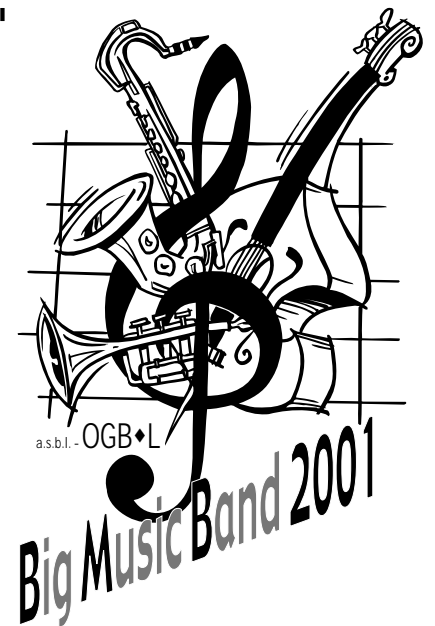
Les dizaines de milliers de travailleurs qui perçoivent le salaire minimum ont également droit à une adaptation équitable de leur revenu. Tout travail mérite salaire, et le leur ne fait pas exception.

L'argumentation des employeurs est que toute augmentation du salaire minimum se répercutera immanquablement sur la compétitivité et l'emploi. La situation économique et les perspectives pour l'année prochaine ne justifient pas ce genre d'affirmations. Une augmentation substantielle du salaire minimum est tout à fait réalisable. Par ailleurs, l'avenir économique du Luxembourg n'est pas dans une politique de bas salaires.

Si les employeurs exigent des solutions différenciées, ils doivent savoir qu'une politique salariale différenciée est possible dans le cadre de la pratique continue, par l'OGB♦L, d'une politique de conventions collectives, mais pas au tarif zéro. Vu l'opposition du patronat à une solution négociée dans le cadre d'une convention collective, nous demandons au monde politique de prendre ses responsabilités et de veiller à ce que les différences entre les salaires ne s'aggravent plus encore.

La lutte contre l'exclusion sociale et contre la pauvreté fait couler beaucoup d'encre dans le monde politique. Une augmentation substantielle du salaire minimum au 1.1.2003 est non seulement une question de justice et d'équité sociale, mais aussi une mesure préventive dans la lutte contre l'exclusion sociale.

# Von der "HARMONIE SYNDICALE ESCH" zur "BIG MUSIC BAND 2001" ... neues Outfit gelungen!



In der AKTUELL Nummer 3/2001 hatte ich über die bevorstehende Reorganisation der OGB♦L Musikgruppe berichtet und einen Aufruf an alle Interessierten gerichtet, uns bei dieser nicht einfachen, aber sehr interessanten Aufgabe zu unterstützen.

Mehrere OGB♦L Kollegen, vor allem auch aus der OGB♦L-ACAL, sind spontan meinem Aufruf gefolgt und so konnten innerhalb einiger Monate "Nägel mit Köpfen" geschmiedet werden.

Schließlich fand am 9. Dezember 2001 die Generalversammlung statt, welche die Harmonie syndicale Esch definitiv in die Big Music Band 2001 a.s.b.l. OGB♦L umwandelte.

Mit modernisierten Statuten, einem Vorstand und einem Musikantenteam, die sich aus einem gut gelungenen Gemisch aus früheren und neuen Musikern und Verantwortlichen zusammensetzen, konnte dann die eigentliche praktische und musikalische Arbeit in Angriff genommen werden.

Unter dem Vorsitz von Präsident Romain Keipes, ging der Vorstand daran, die anfallenden administrativen Aufgaben zu erledigen, aber vor allem die musikalische Richtung und den "Look" unserer Musikgruppe zu diskutieren, zu bestimmen und das notwendige Material herbei zu schaffen.

Unter der Leitung des dynamischen "Chefs", Christian Wanderscheid, begannen im Januar dieses Jahres ganz intensiv die Proben. Die Musik unserer Big Band geht in Richtung "James Last" und sowohl die "gestandenen" Musikanten, als auch die jungen Schülerinnen und Schüler zeigten von Anfang an viel Enthusiasmus beim Einstudieren der neuen Musikstücke.

Und das war auch gut so, denn schon bald wurden die Termine bekannt, an denen unsere Big Music Band zum ersten Mal ihr Können unter Beweis stellen müsste. Stichdatum: der 23. April 2002 bei der offiziellen Neueröffnung des Festsalles der Maison du Peuple in Esch/Alzette.

Vorstand, Musikanten und "Chef" sahen diesem ersten Auftritt mit Spannung entgegen. Die neuen Big Band Notenpulpe mit unserem neuen Logo (die Farbe und die Aufkleber

waren gerade noch rechtzeitig getrocknet) standen in Reih und Glied; die Musikanten, cool lässig und adrett zugleich in ihren Jeanshosen, den weißen Hemden und den rot-schwarz gemusterten "Gilets", kontrollierten einmal mehr ihr Notenmaterial und stimmten ihre Instrumente aufeinander ab, der "Chef" gab letzte Anweisungen... und dann endlich... das erste Musikstück "Happy Luxembourg" von James Last, das übrigens bei allen Auftritten als "Intro" gespielt wird, ... sauber hingelegt, ... der erste erlösende Applaus, nun kann es entspannter weitergehen.

Andere Auftritte folgten am 29. April gelegentlich der Sitzung des OGB♦L Nationalvorstandes, am 1. Mai bei der Regionalfeier der CGT in Clerf, am 11. Mai bei Gelegenheit des "Giro d'Italia" in Esch, am 16. Juni in Rodingen beim "Festival des Immigrés" und am 22. Juni bei den Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag in Esch.

An dieser Stelle möchte ich im Namen unserer Big Music Band 2001 all jenen ganz herzlich danken, die uns bei unserem Neustart in den letzten Monaten auf irgendeine Art und Weise unterstützt haben, vor allem aber dem Escher Schöffenrat und der Gemeindeverwaltung für die Räumlichkeiten im "ale Sprätzenhäus" und die materielle Unterstützung, sowie dem Geschäftsführenden Vorstand und der Zentrale des OGB♦L für die großzügige finanzielle und materielle Hilfe. Wir werden uns bemühen, ihren Ansprüchen an uns gerecht zu werden.

Unsere Big Music Band 2001 ist ganz sicher noch nicht perfekt, aber wir arbeiten daran!

Unser Ziel: den Zuhörern und uns selbst eine musikalische Freude zu bereiten!

In diesem Sinne auf Wiederhören bei einem unserer nächsten Auftritte.

Marie-Thérèse Sannipoli  
Vizepräsidentin der Big Music Band 2001 a.s.b.l. OGB♦L

## IMPRESSUM

Zeitung des OGB•L

"Unabhängiger Gewerkschaftsbund Luxemburg"

Verleger: OGB•L "Onofhängege Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg"

Herausgeber für den OGB•L:

John Castegnaro

60, bd. J.F. Kennedy • Esch/Alzette

B.P. 149 • L-4002 Esch/Alzette

Editeur responsable pour la Belgique:

Raymond Thirion

Section des Frontaliers belges

10, rue Général Molitor • Boîte 25 • B-6700 Arlon

INTERNET: <http://www.ogb-l.lu> / e-mail: [ogb-l@ogb-l.lu](mailto:ogb-l@ogb-l.lu)

Tel.: 54 05 45-1 • Fax: 54 16 20

Die gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Die Redaktion behält sich Kürzungen der Beiträge vor. Les articles signés ne reflètent pas nécessairement la position de la rédaction. La rédaction se réserve le droit d'abréger les textes.

Chefredakteur: Chantal Boly - [chantal.boly@ogb-l.lu](mailto:chantal.boly@ogb-l.lu)

Koordination: Maguy Baasch - [maguy.baasch@ogb-l.lu](mailto:maguy.baasch@ogb-l.lu)

Layout: James Vallad - [james.vallad@ogb-l.lu](mailto:james.vallad@ogb-l.lu)

Druck • Impression: Techprint, Esch/Lankelz

## 25 Jahre Deutsche Grenzgänger-Sektion

Am 15. Juni feierte die Deutsche Grenzgänger Sektion ihr 25. Jubiläum in Ferschweiler in Anwesenheit von OGB•L-Präsident John Castegnaro, OGB•L-Generalsekretär Jean-Claude Reding, dem luxemburgischen Arbeitsminister François Biltgen, dem Staatssekretär Diller vom Bundesfinanzministerium, der Bundestagabgeordneten Dr. Elke Leonard, der Landtagsabgeordneten Monika Fink, sowie zahlreichen Gästen aus der Grenzregion.

In seiner Ansprache ging Sektionspräsident Wolfgang Schnarrbach auf 25 Jahre Sektionsgeschichte ein. Die Mitgliederzahl hat sich von 140 im Gründungsjahr 1976 auf stattliche 1800 im Jahr 2002 entwickelt. In diesen 25 Jahren hat die Sektion sehr viel geleistet und viele Verbesserungen für die deutschen Grenzgänger, die in Luxemburg arbeiten, erreicht. Der Präsident nutzte die Gelegenheit, um sich bei den Verwaltungen in Luxemburg, in Deutschland und ganz besonders beim OGB•L zu bedanken. Außerdem richtete er Dankesworte an Josef Endres, Karl-Heinz Pülgen und Helmut Mors vom DGB Trier, der die Sektion seit ihrer Gründung stets unterstützt hat.

51 Mitglieder wurden für 40, 30 und 25 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Ein gemeinsames Abendessen mit anschließender Tanzmusik beendete die Feierlichkeiten.

Am Sonntag, dem 16. Juni fand in und bei der Josef-Hoor-Halle in Ferschweiler das Sommerfest der Regionale Norden statt. Über 250 Teilnehmer verbrachten einen schönen Tag, genossen die angebotenen Grill- und Kuchenspezialitäten und nahmen an den zahlreichen Spielen für Groß und Klein teil.



Liebst Du flotte Musik, spielst Du ein Instrument, möchtest Du in einer sympathischen und dynamischen Musikgruppe mit-spielen, dann bist Du bei uns an der richtigen Adresse.

Ruf an: Christian Wanderscheid  
Tel.: 021 731 409 oder  
Diane Poiré Tel.: 54 05 45-239

Musikproben jeden Montag um 19.30 Uhr in Esch/Alzette "alt Sprützenhäus" - 60, rue du Fossé.

## ITAL-UIL / OGB•L

Informiamo i nostri amici italiane che gli uffici resteranno chiusi per ferie dal 5 al 23 luglio inclusi.

Le permanenze per il mese di agosto avranno luogo:

**il mercoledì** mattina a Esch/Alzette

**il giovedì** mattina a Lussemburgo

**il venerdì** mattina a Esch/Alzette

Le permanenze abituali riprenderanno il mese di settembre.

Buone vacanze a tutti

## Tombola du Grand Bal de l'Amitié du 8 juin 2002 à Larochette

Numéros gagnants:

1er prix : 765	2e prix : 895
3e prix : 731	4e prix : 993
5e prix : 350	6e prix : 884
7e prix : 750	8e prix : 609
9e prix : 926	10e prix : 533
11e prix : 877	

Les prix sont à retirer jusqu'au 24 août au 4, rue d'Arlon à Diekirch tel: 80 97 70 ou 021- 190 773

ANNONCES

## 1 Kind reist kostenlos !\*

### \*MALLORCA

ab **499 €**

**HIPOTEL \* \* \***

Abflüge: 19. Juni - 23. September

letzter Rückflug: 30. September

Doppelzimmer / Halbpension

Kinderermässigung: 1 Kind von 2-12 J.: 100%

ab **519 €**

**HIPOTEL \* \* \* \***

Abflüge: 19. Juni - 23. September

letzter Rückflug: 30. September

Doppelzimmer / Halbpension

Kinderermässigung: 1 Kind von 2-12 J.: 100%

### \*LANZAROTE

**RIU HOTEL \* \* \***

**609 €**

Abflüge: 13. Juli - 21. September

letzter Rückflug: 28. September

Doppelzimmer o. Apartment /

Halbpension

Kinderermässigung: 1 Kind von 2-12 J.: 100%



Weitere Informationen und Buchungen in  
den Agenturen von:

**Voyages ATOL**



City Center **VOYAGES FLAMMANG**

1, rue du Commerce • L-3450 Dudelange • Tel.: 52 52 80 • Fax: 52 52 88

e-mail: [dudelange@flammang.lu](mailto:dudelange@flammang.lu)

# LE MOT MYSTÉRIEUX

RECHERCHE D'OR	▼	LIBERTAIRE	▼	DÉSABUSÉE	▼	HARPON	▼	ROMANESQUE
MOT-VALISE		INTERDITE		DÉRAPER		PRINTEMPS		
▶		▼		▼		▼	4	▼
PARTIE DE DOIGT	▶				2		3	
COQUILLAGES						ANONYME	▶	
▶			9			FRAPPE		
IRIDIUM	▶		CONVENABLE	▶		▼		
PETITES CLAIRES			CROIX GAMMÉE					
▶		8	▼				SURPRENDRE	
RECRUTE	▶				FILS DE NOÉ	▶	▼	
SOLEIL ÉGYPTIEN					AVIRON			
▶	7	IMMUABLE	▶		▼			
		TARTEMPION						
TYPE	▶	▼		JEUNE TÊTU	▶			
PIANO				LENTILLE				
▶			5	▼				6
RANDONNÉES PEDESTRES	IMPRIME	▶				JEUNE VOLONTÉ	▶	
	MARIANNE					CACHÉ		
▶	▼	10		1	PAREIL	▶	▼	
DOUBLE COUP DE BAGUETTE	▶			TRAITEMENT	▶			

**A gagner:**

- 1<sup>er</sup> prix : 1 réveil électrique
- 2<sup>e</sup> prix : 1 radio
- 3<sup>e</sup> prix : 1 calculatrice

Tous les membres de l'OGB♦L, à l'exception de son personnel, sont admis au jeu.

Notez le mot mystérieux sur une carte postale et adressez-la jusqu'au 15 juillet 2002 à :

**OGB♦L**  
**Service Information et Presse**  
**B.P. 149**  
**L-4002 Esch/Alzette**

ou inscrivez votre réponse sur notre site internet :  
<http://www.ogb-l.lu>  
 (rubrique jeux).

Si nous recevons plus de réponses correctes que de prix mis en jeu, les gagnants seront départagés par un tirage au sort.

Le mot mystérieux et les noms des trois gagnants seront publiés dans notre prochain numéro.

Les prix peuvent être retirés à la Centrale de l'OGB♦L à Esch/Alzette (bd. Kennedy) auprès de M. Albert Hirtz.

Ecrivez ici, lettre par lettre, le mot mystérieux

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

W/76 © HACHEL INT

	O		C		A		F		
E	C	O	U	R	G	E	O	N	
E	C	L	A	I	R	C	I		
M	A	R	A	T	R	E		H	
	N	E	S		A	S	T	I	
L	I		S	P	I		I	L	
	D	I	E	S	E	R	A	I	
N	E	M		A	N	A	R	S	
		P	L	U	T		E	T	
C	L	A	I	M		J		E	
	A	L	T	E	R	E	E		
E	P	A	R		A	A	R	E	
	E	S	E	R	I	N	E	S	

05/2002 - Solution : CARICATURE

**Pierson Daniel, Attert (B), 1<sup>er</sup> prix**  
**Staedel Roland, Aumetz (F), 2<sup>ème</sup> prix**  
**Poett Joseph, Rumelange (L), 3<sup>ème</sup> prix**

**8**  
 ERREURS  
 FEHLER  
 DIFFERENCES  
 DIFERENCIAS

Descouvrez les 8 différences qui existent entre les deux dessins

Tell the 8 differences between the two drawings

Encuentre las 8 diferencias que existen entre los dos cuadros

Die zwei Bilder unterscheiden sich in 8 Punkten. Welche ?



# KREUZWORTRÄTSEL

unbekannt	et. Astor	fröhen		russische		nordische	portugiesisch:	Roman		Laute,		Innig
	explorier	Wagen		Haupt-		Haupt-	Frau	von		Menschen		mögen
	(Adem)†	ler		stadt		stadt	(Anrede)	Jose				
						Beispiel		Austen			3	
kleiner		nieder-		Jargon				geistig		japani-		
Solvent		grund-						über-		sches		
mit		bericht				Pädagi-		ragend		Längen-		
Überbau						gin		sehr		maß		1
								enge				
								Straße				
Fels,				aga:		Letzte-				Arbeits-		
Schiefer				Furcht		scheine				stelle		
Kurort	schneit,	esstrie-		Aussat			6			Veren-		
in Drei-	schnitzig	nische		des						sische		
Bänden		Wart-		Entau-						Sängerin		
		waffe		rene						† (Edith)		
												5
		2										
Wohlg-				4		Bild von		ein				Teil des
eruch						da Vinci		glattes				Beins
						(„Mona		Gewebe				
						..“)						
Kiz-Z.		japan.		nördlich						spani-		harte
Steinkart		Verwal-		(Net.)						scher		SB-
		lungs-								Aussat		spiele
		bezirk										
Schar-	gege-							Vorläufer		Feuer-		
nierstell	nans							der EU		stelle		
	Milch-											
	produkt											
egieren				nicht				lebena-				
				kurz				kluge				
								Frau				

1	2	3	4	5	6
---	---	---	---	---	---

Die Buchstaben der Felder 1 bis 6 ergeben das Lösungswort.

## Zu gewinnen sind:

- 1. Preis                    1 elektrischer Wecker
- 2. Preis                    1 Radio
- 3. Preis                    1 Rechenmaschine

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder mit Ausnahme des OGB♦L Personals.

Schreiben Sie das Lösungswort auf eine Postkarte und schicken Sie diese bis zum 15. Juli 2002 an:

**OGB♦L-Pressabteilung**

**Postfach 149**

**L-4002 Esch/Alzette**

oder geben Sie es auf unsere homepage ein:  
<http://www.ogb-l.lu> (Rubrik Spiele).

Liegen mehr richtige Einsendungen vor als Preise zu vergeben sind, so entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Auflösung und Namen der drei Gewinner veröffentlichen wir in der nächsten Nummer.

Die Gewinne können in der Escher OGB♦L Zentrale (Boulevard Kennedy) bei Albert Hirtz abgeholt werden.

# 7

ERREURS  
FEHLER  
DIFFERENCES  
DIFERENCIAS

SOLUTION  
AUFLÖSUNG  
ANSWER  
SOLUCIÓN



				O	I			P	U					
B	A	S	T	E	L	N		F	A	N	G	A	R	M
R	A	H	M	E	N		L	G	E	L	E	E		
T	R	E		A		M	O	L	L		P	L	I	
E	D		S	T	R	I	C	K	E	N		I	E	
B	R	I	T	E		A	L	K		I		Z	E	R
I	N	T	E	R		L		S	C	H	A	F		
E	E		F		K	E	D	A	H		G	S		
			M	A	J	O	R		N		A	H	O	I
S	C	H	U	H		R		R	A	S	T	A	T	
U		C	R	U	S	O	E		M	U	F	T	I	
E	L	E	K	T	R	O	N	I	K		E	T	O	N

**BRACHMOND**

05/2002 Lösung Kreuzworträtsel: BRACHMOND

Prevos Nicole, Ospern  
Schmitt Nico, Bivange  
Keiffer Serge, Peppange

1. Preis  
2. Preis  
3. Preis

**SPRECHSTUNDEN / PERMANENCES**

Secrétariats	Responsables	Lundi	Mardi	Mercredi	Jeudi	Vendredi
<b>Esch/Alzette L-4002</b> 60, bd J.F. Kennedy Tél.: 54 05 45-1 Fax: 54 16 20	Antinori A.-M. Molitor Robert Lorang Yasmine	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs		10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
<b>Differdange L-4620</b> 4, rue E. Mark Tél.: 58 82 86 Fax: 58 34 56	Müller Gérard		09.00 - 12.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	15.00 - 18.00 hrs	
<b>Dudelange L-3441</b> 31, av. G.D. Charlotte Tél.: 51 50 05-1 Fax: 51 50 05-29	Clees Romain Manderscheid René	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
<b>Luxembourg L-1490</b> 19, rue d'Eprenay Tél.: 49 60 05-1 Fax: 48 69 49	Pereira Carlos Dias Eduardo Medvescek Jeff		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs	
<b>Ettelbruck L-9052</b> 6, rue Prince Jean Tél.: 81 90 01 Fax: 81 97 13	Arndt Frank	09.00 - 11.45 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.45 hrs 13.00 - 16.00 hrs	13.00 - 17.00 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.00 hrs	
<b>Rodange L-4818</b> 72, av. Dr. Gaasch Tél.: 50 73 86 Fax: 50 44 81	Racké Robert Müller Gérard Moinet Yvon		14.00 - 17.00 hrs	09.00 - 12.00 hrs 09.00 - 12.00 hrs		14.00 - 17.00 hrs
<b>Grevenmacher L-6720</b> 4, rue de l'Eglise Tél.: 75 80 35	Clees Romain			15.00 - 18.00 hrs		
<b>Wiltz L-9557</b> 2, rue Michel Rodange Tél.: 95 72 70	Arndt Frank				14.00 - 17.00 hrs	

**PERMANENZE IN ITALIANO per pensioni, infortuni, malattia e prestazioni sociali varie**

Lunedì	DUDELANGE	Maison Syndicale	Tél.: 51 50 05-22	14.00 - 16.00	
Lunedì	RODANGE	72, av. Dr. Gaasch	Tél.: 50 73 86	17.00 - 18.00	
Martedì	DIFFERDANGE	Maison Syndicale	Tél.: 58 82 86	14.00 - 17.30	
Martedì	WILTZ	2, rue Michel Rodange	Tél.: 95 72 70	14.30 - 18.00	
Mercoledì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	9.00 - 11.30	
Giovedì	LUXEMBOURG	19, rue d'Eprenay	Tél.: 49 60 05-205	9.00 - 11.30	14.00 - 17.30
Giovedì	ETTELBRUCK	6, rue Prince Jean	Tél.: 81 90 01	14.30 - 18.00	
Venerdì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	14.00 - 17.30	

**SBA**  
Luxembourg  
Tél.: 26 49 69-20

**SPÉCIAL FRONTALIERS**

**Frontaliers français:** \* Centre Socioculturel (M.J.C.) (1<sup>er</sup> étage)  
31, rue Leclerc - B.P. 41 - F-57390 Audun-le-Tiche  
Tél.: (0033) 3 82 50 32 50+  
Fax: (0033) 3 82 50 32 53  
Mardi et vendredi (vend. sur rdv): 14.00 - 18.00 hrs  
Jeudi: 16.00 - 18.00 hrs  
\* 2, rue des Ecoles - F-57330 Volmerange-les-Mines  
Tél.: (0033) 3 82 50 61 51  
Lundi: 16.00 - 17.00 hrs  
Jeudi: 14.30 - 16.00 hrs  
\* 8, rue du Cygne - F-57100 Thionville  
(bureau de l'union locale CGT)  
Tél.: (0033) 3 82 54 27 90  
Mercredi: 14.00 - 17.00 hrs

**Frontaliers belges:** \* 80, rue des Martyrs - B-6700 Arlon  
Tél.: (0032) 63 23 00 50  
Fax: (0032) 63 22 64 32  
Jeudi: 09.00 - 12.00 hrs / Après-midi sur RDV  
\* FGTB rue des brasseurs, 8a - B-Bastogne  
Tél.: (0032) 61 21 19 87  
Samedi: 09.00 - 12.00 hrs

**Deutsche Grenzgänger:** \* Burgweg 10 - D-54646 Bettingen  
Wolfgang Schnarrbach  
Tél.: (0049) 6527 - 12 79  
Fax: (0049) 6527 - 93 38 61  
E-Mail: W.Schnarrbach@T-Online.de

**CONSULTATIONS EURES TRANSFRONTALIÈRES**

Permanences des conseillers EURES  
Sprechstunden der EURES-Berater



- de l'EURES PED:  
Robert Racké à Rodange et à Arlon
- de l'EURES Sarre-Lor-Lux Rhénanie-Palatinat /  
der EURES Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz  
Romain Clees in Dülelingen und Grevenmacher  
à Dudelange et à Grevenmacher

**OGB-L - CMB**

tous les **mercredis** et **vendredis** de 14.30 à 17.00 hrs  
FGTB - 16A, rue des Usines - B-6791 Athus  
Tél.: (GSM) 0032 0477 26 88 89

**Syndicat Bâtiment / Permanencias "Construção"**

**OGB-L ETTTELBRUCK** 6, rue Prince Jean Tél. 81 90 01  
le jeudi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)  
Quinta-Feira 14h30 - 18h00

**OGB-L WILTZ** 2, rue Michel Rodange Tél. 95 72 70  
le mardi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)  
Terça-Feira 14h30 - 18h00